



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 17. Sitzung des Stadtrates (SR/017/2010)

am Donnerstag, 02.09.2010,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm

Dr. Georg Böhme-Korn

Dr. Hans-Joachim Brauns

Jan Donhauser

Elke Fischer

Ingo Flemming

Dietmar Haßler

Steffen Kaden

Sebastian Kieslich

Lothar Klein

Lars-Detlef Kluger

Peter Krüger

Angelika Malberg

Christa Müller

Klaus Rentsch

Dr. Helfried Reuther

Lars Röher

Silke Schöps

Patrick Schreiber

Joachim Stübner

Gunter Thiele

Horst Uhlig

Anke Wagner

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Dr. Margot Gaitzsch

Kristin Klaudia Kaufmann

Tilo Kießling

Annekatriin Klepsch

Gunild Lattmann

Jens Matthis

Andreas Naumann

André Schollbach

Dr. Klaus Sühl

Katrin Mehlhorn

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

Margit Haase

Ulrike Hinz

Jens Hoffsommer

Eva Jähnigen

Thomas Löser

Andrea Schubert

Torsten Schulze

Gerit Thomas
Thomas Trepte
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Axel Bergmann
Martin Bertram
Thomas Blümel
Sabine Friedel
Wilm Heinrich
Richard Kaniewski
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Matteo Böhme
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Barbara Lässig
Eberhard Rink
André Schindler
Burkhard Vester
Holger Zastrow
Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer
Christoph Hille
Jan Kaboth
Anita Köhler

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Hartmut Krien

Abwesend:

Fraktion DIE LINKE.

Hans-Jürgen Muskulus

Verwaltung:

Frau Ines Pohl, Ortsvorsteherin Cossebau- TOP 35
de

Gäste:

Herr Wierschin, Vertreter BI „Lebensqualität TOP 35
im linkselbischen Raum“
Herr Patrick Schreiber TOP 30
Herr Georg Wehse, Vertreter Fans DSC TOP 37

Schriftführerin:

Frau Volbrecht, Frau Reiher

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 1 | Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, Kommunalwahlkreis III - Mandat Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) | V0723/10
beschließend |
| 2 | Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, Kommunalwahlkreis I - Mandat DIE LINKE. | V0725/10
beschließend |
| 3 | Verpflichtung von Stadträten gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO | |
| 4 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 5 | Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte | |
| 6 | Umbesetzung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit | A0225/10
beschließend |
| 7 | Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften | A0218/10
beschließend |
| 8 | Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften | A0234/10
beschließend |
| 9 | Umbesetzung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen | A0227/10
beschließend |
| 10 | Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau | A0254/10
beschließend |
| 11 | Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung | A0256/10
beschließend |
| 12 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertagesstätten | A0226/10
beschließend |
| 13 | Umbesetzung Jugendhilfeausschuss | A0174/10
beschließend |
| 14 | Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss | A0189/10
beschließend |
| 15 | Umbesetzung im Behindertenbeirat | A0230/10
beschließend |
| 16 | Umbesetzung im Seniorenbeirat | A0244/10
beschließend |
| 17 | Umbesetzung im Beirat Wohnen | A0231/10
beschließend |

18	Umbesetzung im Beirat Wohnen	A0246/10 beschließend
19	Umbesetzung im ARGE-Beirat	A0247/10 beschließend
20	Umbesetzung im Zeitweiligen Ausschuss „Untersuchung des Verwaltungshandelns bei der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen“	A0248/10 beschließend
21	Umbesetzung im Zeitweiligen Ausschuss „Technisches Rathaus Hamburger Straße“	A0249/10 beschließend
22	Umbesetzung im Ortsbeirat Pieschen	A0240/10 beschließend
23	Tagesordnungspunkte ohne Debatte	
24	Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die STESAD GmbH	V0603/10 beschließend
25	Eintrittspreise Dresdner Philharmonie ab der Spielzeit 2010/2011	V0567/10 beschließend
26	Eintrittspreise und Entgelte für Kurse in der JugendKunstSchule	V0599/10 beschließend
27	Betreibung der Kindertageseinrichtung Moritzburger Weg 67 c, 01109 Dresden, sowie deren Aufnahme in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen	V0396/10 beschließend
28	Wilsdruffer Vorstadt: Kenntnisnahme VU-Bericht und Auftrag zur Akquirierung von Fördermitteln	V0367/09 beschließend
29	Bebauungsplan Nr. 253, Dresden-Weißig Nr. 10, „Bauer Schöne“ hier: Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan	V0634/10 beschließend
30	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 655, Dresden-Neustadt, Einkaufszentrum und Bürgerhaus am Albertplatz hier: 1. Aufstellungsbeschluss vorhabenbezogener Bebauungsplan 2. Grenzen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 3. Billigung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 4. Billigung der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 5. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf	V0697/10 beschließend
31	Modellprojekt „Kostenfreier Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen der Stadt Dresden“	A0085/09 beschließend
32	Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen	A0097/09 beschließend

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 33 | Solarstadt Dresden - Innovations- und Investitionsförderung für Wirtschaft und Klimaschutz | A0146/10
beschließend |
| 34 | „Dresdner Kulturtaxe“ - Einführung einer Übernachtungsabgabe in Dresden | A0161/10
beschließend |
| 35 | Maßnahmen zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Verkehrsbelastungen auf der B 6 - Umsetzung des Stadtratsbeschlusses V1701-SB51-07 vom 28.03.2007 vor Freigabe der Niederwarthaer Brücke | A0177/10
beschließend |
| 36 | Schulen sanieren - in Bildung investieren! | A0203/10
beschließend |
| 37 | Helmut-Schön-Ehrung - Namensgebung - Straße | A0212/10
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 38 | Besetzung der Stelle Büroleiter/-in (Amtsleiter/-in) des Büros der Oberbürgermeisterin (Bürgermeisteramt) | V0677/10
beschließend |
| 39 | Berufung der Chefärztin der Klinik für Gefäßchirurgie im Eigenbetrieb Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt, Städtisches Klinikum | V0694/10
beschließend |

Öffentlich

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 40 | Protest gegen die Kürzungen des Freistaates Sachsen im Nahverkehr | A0250/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

öffentlich

Einleitung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die 17. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 2. September 2010, und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmung der Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin gibt bekannt, dass drei Eilanträge vorliegen.

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Nr. A0250/10
Protest gegen die Kürzungen des Freistaates Sachsen im Nahverkehr**

Die Eilbedürftigkeit ist aufgrund der Sondersitzung der Verbandsversammlung des VVO am 8. September 2010 gegeben. Der Antrag wird in die Tagesordnung aufgenommen. Die Behandlung soll nach dem nicht öffentlichen Teil erfolgen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

**Interfraktioneller Antrag (CDU-Fraktion, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion, FDP-Fraktion) Nr. A0258/10
Sofortiger Stopp des Verkehrsversuchs am Barteldesplatz**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass der Antrag als erledigt betrachtet werden könne. Der in Rede stehende Verkehrsversuch werde zum Ende der nächsten Woche abgeschlossen. Die entsprechenden Ergebnisse werden in den nächsten Tagen ausgewertet. Der Stadtrat wird darüber in Kenntnis gesetzt.

Sie gibt darüber hinaus bekannt, dass die Arbeit an diesem Projekt insoweit fortgesetzt werde, dass es ein Anschlussprojekt gebe, welches in den nächsten 14 Tagen als 2. Versuch mit Lichtsignalanlagen gestartet werde. Es gehe um die Klärung der Sicherheit der Fußgänger bei einer zweistreifigen Zufahrt zum Schillerplatz.

Der Antrag ist damit gegenstandslos. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

**Interfraktioneller Antrag (Fraktion DIE LINKE., Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion) Nr. A0192/10
Stadtkasse schonen, Verantwortung prüfen**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass keine Eilbedürftigkeit vorliege. Sie verweise auf ihre entsprechende Antwort zu diesem Thema, die der Antragsteller vor wenigen Tagen erhalten habe. Darin habe sie deutlich gemacht, dass es sich um keine Zuständigkeit des Stadtrates handele. Die zuständige Disziplinarbehörde sei die Landesdirektion. Es liege noch kein Prüfergebnis vor. Die Fraktionen werden über das Ergebnis in Kenntnis gesetzt.

Herr Stadtrat Dr. Lames stellt klar, dass der Antrag nicht erledigt sei und auf die nächste Sitzung des Stadtrates aufgenommen werden solle.

Die Oberbürgermeisterin vertagt aufgrund Gesprächs- bzw. Ergänzungsbedarf die Vorlage V0367/09 unter TOP 28.

Folgende Tagesordnungspunkte können ohne Debatte behandelt werden: TOP 24, 27, 29.

TOP 22 wird auf Wunsch des Einreichers vertagt.

Herr Stadtrat Genschmar beantragt, TOP 37 vorzuziehen und nach dem nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Stadtrat Bergmann beantragt, TOP 35 vorzuziehen und nach dem nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt jeweils mehrheitlich den Anträgen von Herrn Stadtrat Genschmar und Herrn Stadtrat Bergmann zu.

Herr Stadtrat Bergmann beantragt weiterhin zu TOP 35 Rederecht für Herrn Wierschin, Vertreter der BI „Lebensqualität im linkselbischen Raum“.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Rederecht zu TOP 35 mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Kaden beantragt, TOP 34 in die Ausschüsse zurückzuverweisen, da die Betroffenen nicht einbezogen worden seien.

Herr Stadtrat Dr. Lames spricht sich gegen die Rückverweisung aus.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Kaden mit 39 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Herr Stadtrat Dr. Brauns beantragt zu TOP 30 Rederecht für Herrn Patrick Schreiber. Weiterhin beantragt er zu TOP 35 Rederecht für Frau Pohl, Ortsvorsteherin Cossebaude.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich dem Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Brauns auf Rederecht zu TOP 30 zu.

Eine Abstimmung über das Rederecht für Frau Pohl ist nicht erforderlich. Das Rederecht ist als Ortsvorsteherin gewährt.

Frau Stadträtin Filius-Jehne beantragt, TOP 31 in den Ausschuss für Kultur zurückzuverweisen, da zwischenzeitlich konkrete Zahlen seitens der Verwaltung vorliegen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich dem Antrag von Frau Stadträtin Filius-Jehne zu.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt zu TOP 37 Rederecht für Herrn Georg Wehse, Vertreter der Fans des DSC.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich dem Antrag von Herrn Stadtrat Schollbach zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

1 Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, Kommunalwahlkreis III - Mandat Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

**V0723/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt die Vorlage vor.

Wortmeldung:

Herr Stadtrat Krien könnte grundsätzlich anerkennen, dass die Arbeit im Landtag einen engagierten Menschen voll ausfülle. Er halte dagegen, dass ca. die Hälfte der Landtagsabgeordneten ein kommunales Mandat hätten. Es sei nicht nachvollziehbar, dass im konkreten Fall von Herrn Schreiber dieser durch beide Mandate überfordert sei. Er erinnere daran, dass Herr Schreiber 2005 bei einem gleich gelagerten Sachverhalt versucht habe, das Ausscheiden von Herrn Apfel zu verhindern.

Dem Ausscheiden stimme er zu, um Herrn Schreiber loszuwerden, er wäre eine „unangenehme Figur, die man nicht wünscht, öfter als unbedingt ...“.

Die Oberbürgermeisterin ermahnt Herrn Stadtrat Krien.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Vorlage V0723/10 mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat stellt** gemäß § 18 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) fest, dass bei Herrn Stadtrat Patrick Schreiber ein wichtiger Grund nach § 18 Abs. 1 Nr. 4 SächsGemO für die Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden vorliegt.
2. Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Stadtrat Patrick Schreiber aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ausscheidet.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO als erste Ersatzperson für Herrn Patrick Schreiber im Kommunalwahlkreis III

Herr Gunter Thiele
Paulstraße 11
01099 Dresden

in den Stadtrat nachrückt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

2 Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, Kommunalwahlkreis I - Mandat DIE LINKE.

**V0725/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt die Vorlage vor.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Vorlage V0725/10 mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat** stellt gemäß § 18 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) fest, dass bei Herrn Stadtrat Dr. Klaus Sühl ein wichtiger Grund nach § 18 Abs. 1 Nr. 4 SächsGemO für die Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden vorliegt.
2. Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Stadtrat Dr. Klaus Sühl aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ausscheidet.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO die erste Ersatzperson für Herrn Dr. Klaus Sühl im Kommunalwahlkreis I

Frau Katrin Mehlhorn
Förstereistraße 27
01099 Dresden

in den Stadtrat nachrückt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

3 Verpflichtung von Stadträten gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO

Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Herrn Gunter Thiele und Frau Katrin Mehlhorn gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO mit folgendem Eid:

„Ich verpflichte mich, Verfassung und Recht zu achten und zu verteidigen und Gerechtigkeit gegenüber allen zu üben. Insbesondere verpflichte ich mich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Herr Thiele und Frau Mehlhorn unterschreiben die Verpflichtung.

Anschließend wird diese durch die Oberbürgermeisterin per Handschlag bekräftigt.

4 Bericht der Oberbürgermeisterin

Die Oberbürgermeisterin informiert über folgende Themen:

- 6. September 2010, Besuch in London auf Einladung des Oberbürgermeisters von Coventry und gemeinsame Eröffnung der Ausstellung „Under Attack“

- Einrichtung der Geschäftsstelle der Metropolregion in Dresden, Information über Arbeitsinhalte sowie die Metropolregionenkonferenz 2011
- Werbung für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Tage vom 19. September bis 3. Oktober 2010/7

5 Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte

Folgende Fragen sind schriftlich zu beantworten:

Herr Stadtrat Bartels, SPD-Fraktion,
Kosteneinsparpotenziale bei Schulsanierungen (mAF0081/10);

Herr Stadtrat Genschmar, FDP-Fraktion,
Bolzplätze für Dresden (mAF0085/10);

Herr Stadtrat Hille, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion,
Wirtschaftsbeirat (mAF0080/10);

Herr Stadtrat Kieslich, CDU-Fraktion,
Sächsisches Versammlungsgesetz (mAF0086/10);

Herr Stadtrat Matthis, Fraktion DIE LINKE.,
Konzept für die beiden städtischen Krankenhäuser (mAF0090/10);

Herr Stadtrat Schulze, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Interessenvertretung für kommunale Dresdner Unternehmen bei der Erarbeitung des nationalen Energiekonzeptes der Bundesregierung (mAF0084/10);

Herr Stadtrat Baur, fraktionslos,
Kunstaktion Bürger.Courage, Aufstellung Betonstelen (AF0600/10);

Herr Stadtrat Kaniewski, SPD-Fraktion,
Reaktion auf Brandanschläge (mAF0092/10);

Herr Stadtrat Rink, FDP-Fraktion,
Baustelle vor dem Kulturpalast (mAF0088/10);

Herr Stadtrat Kaboth, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion,
Funkturn am Telekomstandort Hornweg in Dresden-Bühlau (mAF0082/10);

Herr Stadtrat Kießling, Fraktion DIE LINKE.,
Finanzielle Mittel für die Verwaltung der ARGE (mAF0087/10);

Frau Stadträtin Zimmermann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Brandanschläge auf Wohnprojekte (mAF0089/10);

Herr Stadtrat Krien, fraktionslos,
Mängel Asylbewerberheim (mAF0091/10).

6 Umbesetzung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit

**A0225/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Somit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu **TOP 6**, TOP 7, TOP 8, TOP 13, TOP 14, TOP 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,66) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass für Liste 5 (FDP-Fraktion) zwei Sitze zu besetzen sind, aber nur ein Vorschlag vorliegt. Somit wird die Wahl wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

7 Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften

**A0218/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Somit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, **TOP 7**, **TOP 8**, TOP 13, TOP 14, TOP 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,66) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass für Liste 5 (FDP-Fraktion) zwei Sitze zu besetzen sind, aber nur ein Vorschlag vorliegt. Somit wird die Wahl wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

**8 Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften A0234/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Somit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, **TOP 7**, **TOP 8**, TOP 13, TOP 14, TOP 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,66) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass für Liste 5 (FDP-Fraktion) zwei Sitze zu besetzen sind, aber nur ein Vorschlag vorliegt. Somit wird die Wahl wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

FDP-Fraktion

Jens Genschmar	Burkhard Vester	André Schindler
----------------	-----------------	-----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler	Jan Kaboth	Franz-Josef Fischer
--------------	------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

10 Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

**A0254/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 9, **TOP 10**, TOP 11, TOP 12, TOP 19, TOP 20 und TOP 21 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	22 Stimmen (3,50) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	12 Stimmen (1,91) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,31) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau.

Mitglied**1. Stellvertreter/-in****2. Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Dr. Hans-Joachim Brauns	Joachim Stübner	Lars-Detlef Kluger
Klaus Rentsch	Dietmar Haßler	Silke Schöps
Lothar Klein	Jan Donhauser	Stefan Zinkler
Gunter Thiele	Horst Uhlig	Lars Röher

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann	Andreas Naumann	Katrin Mehlhorn
Tilo Wirtz	Hans-Jürgen Muskulus	Jens Matthis

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Margit Haase	Elke Zimmermann	Christiane Filius-Jehne
Thomas Löser	Eva Jähnigen	Ulrike Hinz

SPD-Fraktion

Axel Bergmann	Peter Bartels	Albrecht Pallas
---------------	---------------	-----------------

FDP-Fraktion

Matteo Böhme	Holger Zastrow	Jens Genschmar
--------------	----------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer	Anita Köhler	Jan Kaboth
---------------------	--------------	------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

11 Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung

**A0256/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 9, TOP 10, **TOP 11**, TOP 12, TOP 19, TOP 20 und TOP 21 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,66) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,31) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt im Listenwahlverfahren analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung.

Mitglied**1. Stellvertreter/-in****2. Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Dr. Gudrun Böhm	Lothar Klein	Jan Donhauser
Ingo Flemming	Stefan Zinkler	Lars Röher
Dietmar Haßler	Klaus Rentsch	Gunter Thiele
Steffen Kaden	Christa Müller	Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

André Schollbach	Annekatriin Klepsch	Hans-Jürgen Muskulus
Andreas Naumann	Tilo Wirtz	Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne	Elke Zimmermann	Andrea Schubert
Torsten Schulze	Thomas Trepte	Margit Haase

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames	Wilm Heinrich	Thomas Blümel
-----------------	---------------	---------------

FDP-Fraktion

Eberhard Rink	Dr. Thoralf Gebel	Barbara Lässig
---------------	-------------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille	Jan Kaboth	Franz-Josef Fischer
-----------------	------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

12 Umbesetzung im Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertagesstätten A0226/10 beschließend

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 9, TOP 10, TOP 11, **TOP 12**, TOP 19, TOP 20 und TOP 21 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

13 Umbesetzung Jugendhilfeausschuss

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, TOP 7, TOP 8, **TOP 13, TOP 14**, TOP 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (2,70) = 3 Sitze
Liste 2	Jens Matthis	6 Stimmen (0,70) = 1 Sitz
Liste 3	Tilo Kießling	7 Stimmen (0,82) = 1 Sitz
Liste 4	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,29) = 1 Sitz
Liste 5	SPD-Fraktion	6 Stimmen (0,70) = 1 Sitz
Liste 6	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,05) = 1 Sitz
Liste 7	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,47) = kein Sitz
Liste 8	fraktionslos	2 Stimmen (0,23) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin kündigt die rechtliche Prüfung an, inwieweit das Wahlergebnis den Anforderungen der Landesdirektion zur spiegelbildlichen Wiedergabe genüge.

Der Stadtrat wählt acht Mitglieder bzw. die persönlichen stellvertretenden Mitglieder nach § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden.

Mitglied

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Lars Röher	Silke Schöps
Patrick Schreiber	Stefan Zinkler
Anke Wagner	Jan Donhauser

Liste Matthis

Anja Stephan	Franka Kuhne
--------------	--------------

Liste Kießling

Tilo Kießling	Sarah Buddeberg
---------------	-----------------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer	Anke Lietzmann
-----------------	----------------

SPD-Fraktion

Ines Vogel	Richard Kaniewski
------------	-------------------

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow	Barbara Lässig
------------------	----------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

14 Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss

**A0189/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, TOP 7, TOP 8, **TOP 13, TOP 14**, TOP 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (2,70) = 3 Sitze
Liste 2	Jens Matthis	6 Stimmen (0,70) = 1 Sitz
Liste 3	Tilo Kießling	7 Stimmen (0,82) = 1 Sitz
Liste 4	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,29) = 1 Sitz
Liste 5	SPD-Fraktion	6 Stimmen (0,70) = 1 Sitz
Liste 6	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,05) = 1 Sitz
Liste 7	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,47) = kein Sitz
Liste 8	fraktionslos	2 Stimmen (0,23) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin kündigt die rechtliche Prüfung an, inwieweit das Wahlergebnis den Anforderungen der Landesdirektion zur spiegelbildlichen Wiedergabe genüge.

Der Stadtrat wählt acht Mitglieder bzw. die persönlichen stellvertretenden Mitglieder nach § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden.

Mitglied**Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Lars Röher	Silke Schöps
Patrick Schreiber	Stefan Zinkler
Anke Wagner	Jan Donhauser

Liste Matthis

Anja Stephan	Franka Kuhne
--------------	--------------

Liste Kießling

Tilo Kießling	Sarah Buddeberg
---------------	-----------------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer	Anke Lietzmann
-----------------	----------------

SPD-Fraktion

Ines Vogel	Richard Kaniewski
------------	-------------------

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow	Barbara Lässig
------------------	----------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

15 Umbesetzung im Behindertenbeirat

**A0230/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, TOP 7, TOP 8, TOP 13, TOP 14, **TOP 15**, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (2,33) = 2 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,11) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,11) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (0,91) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (0,91) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,40) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,20) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die von den Fraktionen vorgeschlagenen sieben Stadträtinnen/Stadträte und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in den Behindertenbeirat.

Mitglied

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Stefan Zinkler	Ingo Flemming
Elke Fischer	Silke Schöps

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel	Hans-Jürgen Muskulus
-----------	----------------------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gerit Thomas	Elke Zimmermann
--------------	-----------------

SPD-Fraktion

Wilm Heinrich	Richard Kaniewski
---------------	-------------------

FDP-Fraktion

Barbara Lässig	Burkhard Vester
----------------	-----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler	Christoph Hille
--------------	-----------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

16 Umbesetzung im Seniorenbeirat**A0244/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, TOP 7, TOP 8, TOP 13, TOP 14, TOP 15, **TOP 16**, TOP 17 und TOP 18 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,33) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,30) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,30) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,57) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,28) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die von den Fraktionen vorgeschlagenen zehn Stadträtinnen/Stadträte und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in den Seniorenbeirat.

Mitglied**Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Klaus Rentsch	Elke Fischer
Dr. Rotraud Sawatzki	Lars-Detlef Kluger
Martin Stein	Dietmar Haßler

Fraktion DIE LINKE.

Karl-Heinz Kathert	Uwe Baumgarten
Peter Kätzel	Dr. Margot Gaitzsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Susanne Lerm	Jens Hoffsommer
Dr. Peter Müller	Gabriele Lobeck

SPD-Fraktion

Bernd Grützner	Ekkehardt Müller
----------------	------------------

FDP-Fraktion

Burkhard Vester	Jens Genschmar
-----------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Werner Schnuppe	Christoph Hille
-----------------	-----------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

17 Umbesetzung im Beirat Wohnen

**A0231/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, TOP 7, TOP 8, TOP 13, TOP 14, TOP 15, TOP 16, **TOP 17** und **TOP 18** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,00) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,43) = 1 Sitz (nach Losentscheid 2 Sitze)
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,17) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,17) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,52) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,26) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass aufgrund von Stimmgleichheit zwischen der Liste 2 (Fraktion DIE LINKE.) und Liste 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ein Losentscheid erforderlich ist. Der Älteste des Stadtrates, Herr Stadtrat Uhlig, nimmt den Losentscheid vor. Im Ergebnis des Losentscheides entfällt ein zweiter Sitz auf Liste 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). Es liegt aber nur ein Vorschlag vor. Somit wird die Wahl wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

18 Umbesetzung im Beirat Wohnen

**A0246/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 6, TOP 7, TOP 8, TOP 13, TOP 14, TOP 15, TOP 16, **TOP 17** und **TOP 18** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,00) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,43) = 1 Sitz (nach Losentscheid 2 Sitze)
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,17) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,17) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,52) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,26) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass aufgrund von Stimmgleichheit zwischen der Liste 2 (Fraktion DIE LINKE.) und Liste 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ein Losentscheid erforderlich ist. Der Älteste des Stadtrates, Herr Stadtrat Uhlig, nimmt den Losentscheid vor. Im Ergebnis des Losentscheides entfällt ein zweiter Sitz auf Liste 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). Es liegt aber nur ein Vorschlag vor. Somit wird die Wahl wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

19 Umbesetzung im ARGE-Beirat

**A0247/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 9, TOP 10, TOP 11, TOP 12, TOP 19, TOP 20 und TOP 21 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,33) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,59) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,31) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die zehn Beiratsmitglieder der ARGE Dresden.

CDU-Fraktion

Elke Fischer
Silke Schöps
Angelika Zerbst

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann
Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Schmelich
Dr. Peter Müller

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames

FDP-Fraktion

Barbara Lässig

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

20	Umbesetzung im Zeitweiligen Ausschuss „Untersuchung des Verwaltungshandelns bei der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen“	A0248/10 beschließend
-----------	--	----------------------------------

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 9, TOP 10, TOP 11, TOP 12, TOP 19, **TOP 20** und TOP 21 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,72) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,77) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,77) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,29) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,45) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,64) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,32) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die Mitglieder/Stellvertreterinnen und Stellvertreter für den zeitweiligen Ausschuss „Untersuchung des Verwaltungshandelns bei der Festsetzung von Straßenausbaubeiträgen“.

Mitglied**Stellvertreter/-in****CDU-Fraktion**

Dr. Hans-Joachim Brauns	Silke Schöps
Lars-Detlef Kluger	Peter Krüger
Joachim Stübner	Ingo Flemming
Gunter Thiele	Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling	Andreas Naumann
Tilo Wirtz	André Schollbach

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte	Margit Haase
Ulrike Hinz	Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Sabine Friedel	Thomas Blümel
----------------	---------------

FDP-Fraktion

Matteo Böhme	Eberhard Rink
--------------	---------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth	Christoph Hille
------------	-----------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

21 Umbesetzung im Zeitweiligen Ausschuss „Technisches Rathaus Hamburger Straße“

**A0249/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert und es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 9, TOP 10, TOP 11, TOP 12, TOP 19, TOP 20 und **TOP 21** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,66) = 4 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,75) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,43) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,63) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,31) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die Mitglieder/Stellvertreterinnen und Stellvertreter für den zeitweiligen Ausschuss „Technisches Rathaus Hamburger Straße“.

Mitglied

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Christa Müller	Silke Schöps
Klaus Rentsch	Gunter Thiele
Lars Röher	Lars-Detlef Kluger
Joachim Stübner	Dr. Gudrun Böhm

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Wirtz	Tilo Kießling
André Schollbach	Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Schubert	Elke Zimmermann
Jens Hoffsommer	Ulrike Hinz

SPD-Fraktion

Thomas Blümel	Dr. Peter Lames
---------------	-----------------

FDP-Fraktion

Barbara Lässig	Dr. Thoralf Gebel
----------------	-------------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille	Jan Kaboth
-----------------	------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

22 Umbesetzung im Ortsbeirat Pieschen

**A0240/10
beschließend**

Vertagung

23 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Abstimmung der Tagesordnungspunkte 24, 27, 29.

24 Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die STE-SAD GmbH

**V0603/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 62 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft der Landeshauptstadt Dresden für die STESAD GmbH als Sicherheit zur Umschuldung eines bestehenden Kredites in Höhe von 80 % des ausstehenden Kreditbetrages von bis zu 5.252 TEUR zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 62 Nein 0 Enthaltung 2

25 Eintrittspreise Dresdner Philharmonie ab der Spielzeit 2010/2011

**V0567/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldungen:

Frau Stadträtin Müller erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie die Ergänzung im Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (freier Eintritt für Kinder mit Dresden-Pass) nicht mittrage. Sie beantragt deshalb, anstelle des federführenden Berichtes den Bericht des Ausschusses für Kultur abzustimmen. Das Konzert „Otto der Ohrwurm“ finde drei Mal im Jahr statt und sei stets ausverkauft. Es sollte eine breite soziale Schicht dieses Konzert besuchen, um die Kinder und Jugendlichen an die Philharmonie heranzuführen.

Herr Stadtrat Krien bringt den Ergänzungsantrag ein. Er könne sich einer moderaten Erhöhung für die Karten der „normalen Konzertbesucher“ anschließen. Keine Zustimmung könne er geben, wenn die Preise für Familienkonzerte oder in der Frauenkirche die untersten Preisgruppen angehoben werden sollen.

Er finde es unverfroren, wenn die neuen Preise bereits in der Öffentlichkeit verwendet werden, obwohl der Stadtrat erst darüber beschließen müsse. Er erwarte künftig, einen Vorbehalt sichtbar zu machen.

Die Oberbürgermeisterin erwidert, dass die Preise unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Stadtrates stünden.

Frau Stadträtin Jähnigen spricht sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus, den Bericht des Ausschusses für Kultur abzustimmen. Sie erinnere daran, dass ursprünglich die Konzerte „Otto der Ohrwurm“ kostenfrei gewesen seien. Sie halte die Niederschwelligkeit des Angebotes wichtig für Kinder, die aus einkommensschwachen Familien kämen. Im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften habe der Intendant der Philharmonie kein Problem mit der kostenfreien Regelung gesehen. Der Ausschuss sei sich hinsichtlich der Signalwirkung einig gewesen.

Frau Stadträtin Lattmann spricht sich für die Fraktion DIE LINKE. für die Abstimmung des federführenden Berichtes aus. Sie setzt sich nachdrücklich für den freien Eintritt für Kinder von Dresden-Passinhabern im Konzert „Otto der Ohrwurm“ ein. Sie bekräftige die Information, dass diese Regelung kein finanzielles Problem für die Philharmonie darstellen würde.

Sie spricht kritisch die zu späte Beschlussfassung von Eintrittspreiserhöhungen im Stadtrat an. Sie sehe damit eine gewisse „Verächtlichmachung“ des Stadtrates. Sie mahne eine reale Zeitschiene im verantwortlichen Geschäftsbereich Kultur an, um eine rechtzeitige Beschlussfassung im Stadtrat zu ermöglichen.

Insgesamt sei die Erhöhung der Eintrittspreise angemessen.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn stellt klar, dass der Intendant die Änderungen des Ausschusses für Kultur voll mitgetragen hätte, hingegen wäre er im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften unglücklich über die Ergänzung, Kinder mit Dresden-Pass haben freien Eintritt, gewesen. Deshalb plädiere er für die Abstimmung des Berichtes des Ausschusses für Kultur.

Frau Stadträtin Müller stellt richtig, dass die CDU-Fraktion die Änderungen des Ausschusses für Kultur mittrage. Den freien Eintritt für Kinder mit Dresden-Pass wolle ihre Fraktion nicht, sondern dieses Familienkonzert solle von allen besucht werden.

Frau Stadträtin Jähnigen möchte besonders die Kinder von Dresden-Passinhabern in diesen Konzerten sehen. Sie geht auf die Diskussion im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften näher ein. Der Intendant hätte signalisiert, kein Problem damit zu haben. Im anschließenden persönlichen Gespräch hätte er ebenfalls keine Bedenken geäußert.

Sie setze sich vehement für die kostenfreie Regelung für Kinder von Dresden-Passinhabern als Signalwirkung ein. Sie gebe die knappen Budgets der Betroffenen zu bedenken.

Frau Stadträtin Lattmann spricht sich ebenfalls klar für den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften aus.

Herr Stadtrat Kießling halte die Meinung von Frau Stadträtin Müller, dass Kinder von Dresden-Passempfängern auch Eintritt zahlen müssten, verbunden mit der Behauptung, man wolle erreichen, dass alle hingehen können, für unverfroren und frech.

Er weise wiederholt darauf hin, dass jede öffentliche Einrichtung der Stadt so besucht werden müsste, wie die Schichtzusammensetzung in der Bevölkerung ist. Wenn er davon ausgehe, dass ca. 10 % der Kinder in der Stadt Kinder von Hartz-IV-Empfängern seien, müsste man erreichen, dass bei allen Angeboten für Kinder und Jugendliche, die für die Allgemeinheit da sind, jedes 10. Kind ein Kind dieser Schicht sein müsste. Die Realität in den Kultureinrichtungen sähe anders aus. Es würde der Anteil der Nutzer aus dieser Schicht verschwinden. Der Anteil wäre so gering, dass man es komplett freigeben könnte. Der CDU-Fraktion wären offenbar noch die wenigen, die hingehen, zu viel. Er vermute, dass eine Hürde errichtet werden solle. Ziel einer vernünftigen Sozial- und Kulturpolitik müsse sein, die Hürden einzureißen.

Herr Bürgermeister Dr. Lunau entgegnet, dass das beschriebene Phänomen, wonach die bildungsfernen und oft auch sozial schwächeren Schichten im Publikum von Kulturveranstaltungen unterrepräsentiert wären, gegen den Antrag von Herrn Stadtrat Kießling spreche. Das Problem liege an einer anderen Stelle. Es ginge darum, wie die Vermittlung stattfinde. Mit der Preisgestaltung wären andere Dinge verbunden, wie die Dokumentation dessen, welche Wertschätzung das Produzierte finde. Er verweise auf die Preise von Kinokarten auch für Hartz-IV-Empfänger. Angesichts des Aufwandes durch ein Orchester halte er es für angemessen, bei der Preisgestaltung die insgesamt üblichen Preise gleichartiger Veranstaltungen zu berücksichtigen.

Herr Stadtrat Hoffsommer fragt nach der Wertschätzung den Menschen gegenüber, die sich keine Karte leisten könnten. Er stimme zu, dass der freie Eintritt allein nicht mehr Dresden-Passinhaber in die Philharmonie bringen werde. Er halte den Vergleich mit kommerziellen Angeboten für höchst problematisch. Er stelle klar, dass es um die Kinder von Dresden-Passempfängern ginge. Er gebe die Problematik dieser zwei Gruppen zu bedenken.

Frau Stadträtin Zimmermann stellt klar, dass bildungsfern, Hartz-IV, Sozialhilfeempfänger nicht deckungsgleich sei.

Herr Bürgermeister Dr. Lunau stellt richtig, dass er genau diese Differenzierung vorgenommen habe. Er mahne mehr Sachlichkeit an.

Eine Wertschätzung gegenüber den Betroffenen bestehe nicht darin, alles auf Null zu setzen, sondern diese Personen ernst zu nehmen und trotzdem zu versuchen, so viel Normalität wie möglich herzustellen. Er stellt klar, dass jede Leistung ihren Preis habe. In Kenntnis der sozialen Lage von Personengruppen werde es weiterhin Ermäßigungen geben.

Er halte es aber nicht für richtig und auch nicht angemessen, alle Angebote zum Nulltarif zur Verfügung zu stellen, denn das würde der Kultur nicht gut tun. Auf diese Art und Weise würde man die Preise verderben und ein Anspruchsdenken entstehen, dass Kunst und Kultur für nichts zu haben seien. Man müsse dafür sorgen, dass ein Minimum an Proportionalität von Leistung und Gegenleistung aufrechterhalten bleibe.

Herr Stadtrat Kießling beklagt, dass nur noch beim Dresden-Pass Messmöglichkeiten hinsichtlich Inanspruchnahme usw. bestünden. Er möchte von Herrn Bürgermeister Dr. Lunau wissen, ob genaue Erkenntnisse über die Zahl von Hartz-IV-Empfängern, die regelmäßig ein Kino besuchen, vorliegen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Stübner beantragt Ende der Debatte.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag mit 39 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Krien vom 2. September 2010 mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Frau Stadträtin Müller, den Bericht des Ausschusses für Kultur abzustimmen, mit 36 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Kultur mit 36 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat beschließt:

Die Eintrittspreise für die Konzerte der Dresdner Philharmonie ab der Spielzeit 2010/2011 werden gemäß Anlage 1 bestätigt.

Anlage 1:**Eintrittspreise der Dresdner Philharmonie ab der Spielzeit 2010/2011****Konzerte im Kulturpalast (Freiverkauf)**

Platzgruppe	Kassenpreis EUR	ermäßigt ¹ EUR	Wahlabo 6 (6 Konzerte und mehr) EUR	Wahlabo 3 (3 bis 5 Konzerte) EUR
I	32,00	24,00	25,00	29,00
II	30,00	23,00	23,00	26,00
III	28,00	21,00	21,00	24,00
IV	23,00	17,00	18,00	20,00
V	20,00	15,00	16,00	17,00

Anrechtspreise Kulturpalast

Platzgruppe	A 1 A 2 B 1 C 1 (jeweils 9 Konzerte) EUR	C 2* (7 Konzerte) EUR	B 2 (5 Konzerte) EUR	B 3 (4 Konzerte) EUR	E (5 Konzerte als Jugend- Abo) ³ EUR
I	180,00	140,00	100,00	80,00	35,00 (alle Preisgruppen)
II	171,00	133,00	95,00	76,00	
III	153,00	119,00	85,00	68,00	
IV	126,00	98,00	70,00	56,00	
V	117,00	91,00	65,00	52,00	

*Inhaber/-innen des C 2-Anrechts erhalten alle Termine „Musikspielzimmer“ zum Komplett-
preis von 15 EUR.

Silvester- und Neujahrskonzerte/Sonderpreise

Platzgruppe	Kassenpreis EUR	ermäßigt ² EUR
I	45,00	34,00
II	42,00	32,00
III	39,00	29,00
IV	34,00	27,00
V	31,00	24,00

Familienkonzerte und Konzerte der Reihe „Otto, der Ohrwurm“

Kinder bis 18 Jahre	Erwachsene EUR	ermäßigt ¹ EUR
5,00	10,00	7,50

Kammerkonzerte Schloss Albrechtsberg (Anrechte D 1 und D 2)/Deutsches Hygiene-Museum (Anrecht H)

Platzgruppe	Kassenpreis EUR	ermäßigt ¹ EUR	Anrecht D 1 (5 Konzerte) EUR	Anrecht D 2 (min. 4 von 7 Konzerten) EUR	Anrecht H (3 Konzerte) EUR
I	20,00	17,00	85,00	ab 68,00	51,00
II	18,00	15,00	75,00	ab 60,00	45,00

Konzerte in der Frauenkirche

Platzgruppe	Freiverkauf EUR	ermäßigt ² EUR	Anrecht F (4 Konzerte) EUR
I	58,00	44,00	176,00
II	52,00	39,00	156,00
III	32,00	24,00	96,00
IV	15,00	11,00	44,00

Kinderbetreuung „Musikspielzimmer“

Eltern, die Konzertkarten für Außerordentliche Konzerte um 11 Uhr erworben haben, können ihre Kinder im Alter von 4 bis 11 Jahren während der Konzertdauer betreuen lassen. Die Betreuung im „Musikspielzimmer“ kostet 5 EUR pro Konzert (unabhängig von der Kinderanzahl).

Künstlergespräche

Der Eintritt zu den Künstlergesprächen der Dresdner Philharmonie beträgt 5 EUR pro Person. Abonnenten/-innen und Konzertkarteninhaber/-innen für die jeweiligen Konzerte erhalten freien Eintritt.

Ermäßigungen

¹ Ermäßigte Preise gelten für Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Freiwillige im Sozialen Jahr, Wehr- und Ersatzdienstleistende, Arbeitslose und Empfänger/-innen von Leistungen nach SGB XII.

Inhaber/-innen des Dresden-Passes sowie Schwerbehinderte ab 80 Prozent (GdB) und deren Begleitperson erhalten 50 Prozent Ermäßigung auf den Normalpreis für alle Konzerte im Kulturpalast und alle Kammerkonzerte (außer bei Sonderpreisen).

² Ermäßigte Preise gelten für Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Freiwillige im Sozialen Jahr, Wehr- und Ersatzdienstleistende, Arbeitslose, Empfänger/-innen von Leistungen nach SGB XII, Inhaber/-innen des Dresden-Passes sowie Schwerbehinderte ab 80 Prozent (GdB) und deren Begleitperson.

³ Jugend-Abo gilt für Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Freiwillige im Sozialen Jahr, Wehr- und Ersatzdienstleistende.

Karten zu 9 EUR in allen Platzgruppen für alle Konzerte der Dresdner Philharmonie im Kulturpalast erhalten Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Wehr-/Ersatzdienst-leistende und Freiwillige im Sozialen Jahr (außer bei Sonderpreisen).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 36 Nein 33 Enthaltung 1

26 Eintrittspreise und Entgelte für Kurse in der JugendKunst-Schule

**V0599/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Krien spricht sich gegen die Vorlage aus und verweist mit Bezug auf die Anlage darauf hin, dass es teilweise um erhebliche Erhöhungen gehe, denn die bisherigen Kosten werden bis 60 % aufgeschlagen.

Die JugendKunstschule (JKS) sei offenbar eine dezentrale Einrichtung mit Ablegern in verschiedenen Teilen der Stadt. Die Angebote beinhalten genau das, wo man sich wünschen würde, dass die Kinder und Jugendlichen diese annehmen statt sich mit Ersatzinhalten, wie Fernsehen, Zerstörungswut, Graffiti, zu beschäftigen. Aber genau für diese Angebote sollen die Kosten erhöht werden.

Frau Stadträtin Klepsch erläutert, dass das Angebot der JKS sehr breit und auch international ausgerichtet sei.

In diesem Zusammenhang verweist sie darauf, dass die JKS mit einigen Problemen behaftet sei. Frau Heinze habe die Situation im Ausschuss ausführlich dargestellt.

Die Frage sei doch, wie die JKS im Rahmen der Ganztagsangebote besser in die Schulen komme, wie könne die JKS an verschiedenen Standorten in der Stadt ihre Angebote leisten und wie könne die JKS sozial ausgewogen Angebote anbieten und damit der sozialen Integration aller Kinder und Jugendlichen in der ganzen Stadt dienen.

Die Fraktion DIE LINKE. habe sich dafür entschieden, der Vorlage zuzustimmen, obwohl man sich mit Preiserhöhungen schwer tue. Im Rahmen der Vergleichbarkeit mit anderen städtischen Kulturträgern und kulturellen Anbietern sei die Erhöhung noch in einem angemessenen Rahmen, zumal auch Ermäßigungen beibehalten wurden.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 62 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Eintrittspreise und Entgelte für Kurse werden für die JugendKunstschule, wie in Anlage I ausgeführt, bestätigt.
2. Die Eintrittspreise und Entgelte sind ab dem Kursjahr 2010/2011 (Beginn 3. September 2010) gültig.

Anlage I
Entgeltordnung der JugendKunstschule Dresden
(gültig ab Kursjahr 2010/2011)

1. Entgelte

a) Angebote bis 1 Stunde Kursdauer/Termin
 24,00 EUR/Monat
 20,00 EUR/Monat ermäßigt

b) Angebote bis 1,5 Stunden Kursdauer/Termin
 30,00 EUR/Monat
 25,00 EUR/Monat ermäßigt

c) Angebote bis 2 Stunden Kursdauer/Termin
 36,00 EUR/Monat
 30,00 EUR/Monat ermäßigt

d) Angebote bis 3,5 Stunden Kursdauer/Termin
 42,00 EUR/Monat
 35,00 EUR/Monat ermäßigt

e) Offene Werkstatt
 4,00 EUR/60 Minuten (zzgl. Material)
 2,50 EUR/60 Minuten (zzgl. Material) ermäßigt

f) Projektstage für Kindertageseinrichtungen und Schulen (1,5 bis maximal 2,5 h)
 6,00 EUR/Teilnehmer

g) Projektstage für Kindertageseinrichtungen und Schulen (bis maximal 1,5 h)
 4,00 EUR/Teilnehmer

h) Workshops, Individual- und Gruppenangebote, Ferienkurse, nicht künstlerische Angebote,
 Einzelkalkulation je nach Aufwand

i) Chöre

Sing&Rhythmikbühne:	66,00 EUR/Jahr
Kleiner Konzertchor:	135,00 EUR/Jahr
Konzertchor:	180,00 EUR/Jahr
Kammerchor:	135,00 EUR/Jahr
Vocalisa Dresden:	120,00 EUR/Jahr

JKS-Bonuscard

10 Stunden bezahlen/11 Stunden nutzen

Gilt für alle offenen Werkstätten und berechtigt nach 10 bezahlten Stunden, die 11. Stunde kostenlos zu nutzen. (Angebot ohne Material)

Kino-Bonuscard

7 mal bezahlen/8 mal sehen

Gilt für alle Kinovorstellungen im Club Passage (außer Sommerkino) und berechtigt nach 7 bezahlten Kinobesuchen zum freien Eintritt beim 8. Kinobesuch.

Ermäßigungen werden in Angeboten nach a) bis e) Kindern, Schülerinnen/Schüler, Studentinnen/Studenten, Freiwilligen im Sozialen Jahr, Auszubildenden, Wehr- und Ersatzdienstleistenden gewährt. Für Erwachsene mit Behinderung (ab einem GdB von 80) und Erwachsene mit Dresden-Pass, Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld gelten die ermäßigten Entgelte.

An Angeboten nach a) bis d), f) und g) können Kinder und Jugendliche von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld Empfängerinnen/Empfängern sowie Personen mit Dresden-Pass kostenfrei teilnehmen. Ermäßigungsberechtigte Personen (Kinder, Schülerinnen/Schüler, Studentinnen/Studenten, Auszubildende) mit Behinderung (ab einem GdB von 80) erhalten eine weitere Ermäßigung von 50 %.

Auf die Angebote nach h) (Ferienkurse) und i) (Chöre) erhalten Personen mit Dresden-Pass sowie Kinder und Jugendliche von Empfängerinnen/Empfängern von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld und Menschen mit Behinderung (ab einem GdB von 80) eine Ermäßigung von 50 %.

Familienrabatt in Höhe von 5 % wird für ermäßigte Angebote nach a) bis d) ab dem zweiten Kind gewährt, wenn Geschwisterkinder an Angeboten nach a) bis d) teilnehmen.

Ein Nachlass in Höhe von 5 % wird bei Nutzung von mehreren Angeboten nach a) bis d) gewährt. Mitglieder der Chöre haben bei zusätzlicher Nutzung von Angeboten nach a) bis d) ebenfalls Anspruch auf diesen Nachlass.

2. Eintrittspreise

Für Veranstaltungen

Kategorie I

Lesung, Vorträge, Kinderveranstaltungen

4,00 EUR

3,00 EUR ermäßigt

10,00 EUR Familienticket

Kategorie II

Schülerinszenierungen, Kinderveranstaltungen
mit erhöhtem Aufwand

5,00 EUR

3,00 EUR ermäßigt

Kategorie III

Schülerinszenierungen/Eigenproduktion mit erhöhtem Aufwand, Kinderveranstaltung mit hohem Aufwand

8,00 EUR

5,00 EUR ermäßigt

Kategorie IV

Sonstige Kleinkunst-, Konzerte-, Theater-, Kabarettveranstaltungen, entsprechend Aufwand eingeteilt in Kategorie IV – X

10,00 EUR

8,00 EUR ermäßigt

Kategorie V

12,00 EUR

10,00 EUR ermäßigt

Kategorie VI

15,00 EUR

12,00 EUR ermäßigt

Kategorie VII

18,00 EUR

15,00 EUR ermäßigt

Kategorie VIII
20,00 EUR
18,00 EUR ermäßigt

Kategorie IX
25,00 EUR
20,00 EUR ermäßigt

Kategorie X
30,00 EUR
25,00 EUR ermäßigt

Für Kinovorstellungen

Kategorie I
Kinderkino/Schülerkino
4,00 EUR
3,00 EUR ermäßigt

Kategorie II
Programmkino/Sommerkino
5,00 EUR
4,00 EUR ermäßigt

Beim zusammenhängenden Erwerb von Eintrittskarten ab Kategorie V für mindestens 3 Veranstaltungen innerhalb einer Konzert-, Veranstaltungsreihe, Festivals o. Ä. wird ein Rabatt von 10 % auf den Einzelverkaufspreis gewährt.

Ermäßigungsberechtigte sind Kinder, Schülerinnen/Schüler, Studentinnen/Studenten, Freiwillige im Sozialen Jahr, Auszubildende, Wehr- und Ersatzdienstleistende, Seniorinnen/Senioren, Dresden-Pass-Inhaber, Empfängerinnen/Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld sowie Personen mit Kulturpass der Euroregion Elbe/Labe.

Kinder unter drei Jahren haben bei Kinderveranstaltungen und Kinderkino (nach Kategorie I) freien Eintritt.

Menschen mit Behinderungen mit einem GdB von mindestens 80 oder dem Merkzeichen „B“ sowie deren Begleitpersonen erhalten je eine Eintrittspreisermäßigung von 50 %. Ermäßigungsberechtigte mit Behinderungen mit einem GdB von mindestens 80 können an Veranstaltungen der Kategorie I und II unentgeltlich teilnehmen.

Kinder und Jugendliche, die in ihrer Person oder deren Eltern Empfängerinnen/Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bzw. Inhaber des Dresden-Pass sind, können an Veranstaltungen der Kategorie I und II unentgeltlich teilnehmen.

Bei Kinder- und Schülergruppen wird eine freie Eintrittskarte je fünf Kinder/Schülerinnen/Schüler für die Begleitperson/Begleitpersonen gewährt. (Anmeldung nötig)

Das Familienticket gilt bei Kinderveranstaltungen für bis zu zwei Erwachsene mit mindestens zwei Kindern/Schülerinnen/Schülern und für maximal fünf Personen.

Bei Eigenproduktionen der JugendKunstschule Dresden erhält jede/jeder Mitwirkende einmalig eine Freikarte.

3. Raumnutzung durch Dritte

3.1. Nutzung Saal Außenstelle Palitzschhof

Für die Nutzung des Saals im Palitzschhof wird für jede angefangene Stunde ein Betrag von 50,00 EUR berechnet. Inklusiv ist die Nutzung von Küche und Saalanlage (Audio). Bei einer Nutzungsdauer über fünf Stunden gilt der Preis für fünf Stunden als Tagespreis bis 24:00 Uhr. Die Nutzung von Bühnentechnik (10,00 EUR) und Veranstaltungstechnik (10,00 EUR) wird zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer gesondert berechnet, sowie eventueller Aufwand für Klavierstimmung.

Bei Nutzung für Familienfeiern wird ein Rabatt von 20 % auf das Raumnutzungsentgelt (ohne Zusatzleistungen) gewährt.

3.2. Nutzung Saal Außenstelle CLUB Passage

Für die Nutzung des Saals im CLUB Passage wird die erste und zweite Stunde mit jeweils 50,00 EUR berechnet. Für die dritte bis fünfte Stunde beträgt die Nutzungsgebühr 25,00 EUR je angefangene Stunde, jede weitere darauf folgende angefangene Stunde wird mit 20,00 EUR berechnet. Für den Clubraum werden die erste und zweite Stunde mit jeweils 10,00 EUR berechnet und ab der dritten Stunde jede weitere angefangene Stunde mit 5,00 EUR. Die Nutzung der Küche (20,00 EUR), Bühnentechnik (10,00) und Veranstaltungstechnik (10,00) wird zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer gesondert berechnet, sowie eventueller Aufwand für Klavierstimmung.

Bei Nutzung für Familienfeiern wird ein Rabatt von 20 % auf das Raumnutzungsentgelt (ohne Zusatzleistungen) gewährt.

Bei mitgebrachten Getränken wird ein „Korkengeld“ von 1,00 EUR/Person erhoben.

3.3. Nutzung aufgrund gesonderter Vereinbarungen

Für Proben von gemeinnützigen Vereinen können die Säle Palitzschhof und CLUB Passage sowie Beratungs- bzw. Werkstatträume im Palitzschhof genutzt werden. Für die Probennutzung wird eine Betriebskostenpauschale von 6,00 EUR pro Probeneinheit (eine Probeneinheit entspricht maximal 2 Stunden) berechnet. Techniknutzung wird gesondert in Rechnung gestellt und mit 10,00 EUR zzgl. MwSt. berechnet, sowie eventueller Aufwand für Klavierstimmung.

Die Nutzung der Bühne im Torhaus, Schloß Albrechtsberg (inklusive Garderoben, Medienwagen und Probenbeleuchtung), ist möglich. Pro Probeneinheit (eine Probeneinheit entspricht maximal 2 Stunden) wird eine Betriebskostenpauschale von 15 EUR erhoben.

Für kommerzielle Zwecke werden 30 EUR/h (maximal 6 Stunden) berechnet. Bühnen-, Ton- und Lichttechnik wird gesondert mit 20 EUR/h inkl. Techniker und zzgl. MwSt. in Rechnung gestellt. Für andere Räumlichkeiten der JugendKunstschule Dresden, Schloß Albrechtsberg, fällt eine Betriebskostenpauschale von 10 EUR pro Probeneinheit an (eine Probeneinheit entspricht maximal 2 Stunden).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 62 Nein 1 Enthaltung 0

- 27 Betreuung der Kindertageseinrichtung Moritzburger Weg 67 c, V0396/10
01109 Dresden, sowie deren Aufnahme in den Bedarfsplan beschließend
Kindertageseinrichtungen**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Jugendhilfeausschusses mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat beschließt** die Aufnahme der Kindertageseinrichtung Moritzburger Weg 67 c, 01109 Dresden, in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen rückwirkend zum 1. Januar 2010.
2. Die Kindertageseinrichtung Moritzburger Weg 67 c, 01109 Dresden, wird durch die Landeshauptstadt Dresden betrieben.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob der Erwerb der Immobilie durch die Landeshauptstadt Dresden wirtschaftlich und planerisch sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

- 28 Wilsdruffer Vorstadt: Kenntnisnahme VU-Bericht und Auftrag V0367/09
zur Akquirierung von Fördermitteln beschließend**

Vertagung

- 29 Bebauungsplan Nr. 253, Dresden-Weißenhof Nr. 10, „Bauer Schöne“ V0634/10
hier: beschließend
Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan**

Aufgrund § 20 SächsGemO nimmt Herr Stadtrat Klaus Rentsch, CDU-Fraktion, an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt, den Satzungsbeschluss und alle verfahrensbegleitenden Beschlüsse zum Bebauungsplan Nr. 253, Dresden-Weißenhof Nr. 10, „Bauer Schöne“ aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

30 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 655, Dresden-Neustadt, Einkaufszentrum und Bürgerhaus am Albertplatz hier:

**V0697/10
beschließend**

- 1. Aufstellungsbeschluss vorhabenbezogener Bebauungsplan**
- 2. Grenzen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes**
- 3. Billigung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan**
- 4. Billigung der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf**
- 5. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf**

Herr Schreiber verdeutlicht, welche städtebauliche Bedeutung der Albertplatz nicht nur für die Neustadt, sondern für die gesamte Stadt habe. Jedem sei die Vorgeschichte des ehemaligen Hochhauses der DVB AG bekannt.

Er werde keine Bewertung darüber abgeben, welcher Investor auf welche Weise mit welchen Mitteln meine, sich besser verkaufen zu können bzw. in der Lage sei, dieses Projekt umzusetzen.

Er verweist darauf, dass zum ersten Mal die Chance bestehe, nicht nur am Albertplatz, sondern auch im Verbindungsteil Bahnhof Neustadt und Albertplatz etwas auf den Weg zu bringen. In diesem Zusammenhang stelle er klar, dass mit dem heutigen Beschluss kein B-Plan per Satzung beschlossen und kein Baurecht geschaffen werde, sondern hier solle ein Zug auf das Gleis gesetzt werden, der in diese Richtung führen solle.

Er erinnert daran, dass mehrfach der Versuch gestartet worden sei, dieses Haus mit Leben zu erfüllen, mehrmals sei dieses Thema aber an der Wirtschaftlichkeit gescheitert. Man müsse sich eingestehen, dass dieses Haus, so wie es jetzt dastehe, nicht wirtschaftlich zu sanieren und zu betreiben sei. Um aber an diesem Areal eine Entwicklung und eine wirtschaftliche Sanierung herbeiführen zu können, müsse man sicherlich einige Kompromisse eingehen und Kröten geschluckt werden. Er glaube, dass fraktionsübergreifend klar sei, dieses Haus nicht weiter verfallen zu lassen.

Er bitte den Stadtrat eindringlich, diesem Aufstellungsbeschluss für den B-Plan zuzustimmen und dem Projekt eine Chance zu geben. An dieser Stelle bedanke er sich beim Geschäftsbereich Stadtentwicklung und beim Stadtplanungsamt für die geleistete Arbeit in den letzten Wochen und Monaten.

Frau Stadträtin Kaufmann erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE die Vorlage mehrheitlich ablehnen werde. Bei der Entscheidung habe es sich die Fraktion nicht leicht gemacht und das Für und Wider sowie die Chancen und Risiken, die mit dieser Investition, Schwerpunkt Sanierung des Gebäudes, für den Investor auf Grund der Finanzierungslage vor allen Dingen das Einzelhandelscenter, verbunden seien, genau abgewogen. In der Presse sei selten die Sanierung des Hochhauses, aber vielmehr die Errichtung eines großflächigen Einzelhandelsventiliert worden.

Sie bemerkt, dass die Stadt Dresden sehr gut mit Handelsflächen ausgestattet sei. Davon sei über die Hälfte als großflächiger Einzelhandel auf Grund der historischen Bedingungen nach 1990 lokalisiert. Die Äußere Neustadt sei eines der letzten Quartiere, wo bis heute kleinteilige und individuelle Handelsstrukturen erhalten geblieben seien und wo ein Mikrostandort mit Flair entstanden sei, wie man es sich in einer urbanen Stadt vorstelle.

Der Fraktion DIE LINKE. sei klar, dass Kröten geschluckt werden müssen. Wenn man das eine haben wolle, müsse man dafür bei anderen Dingen Kompromisse schließen. Für die Fraktion DIE LINKE. sei der Kompromiss aber zu groß. Die Auswirkungen auf Grund der Neuansiedlung von Handelsfläche seien hochproblematisch. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den Kaufpark in Naußlitz und Gorbitz. Dort haben Schließungen und Verkleinerungen zur Verödung der Center geführt.

Die Fraktion DIE LINKE. interessiere nicht die Investoren mit ihren ganz klaren Interessen, sondern das, was zum Schluss als stadtentwicklerisches Ergebnis dastehe. An dieser Stelle werde das Zentrenkonzept immer wieder gern herangezogen, das eigentlich das schützen solle, was bisher historisch gewachsen sei. Letztendlich diene es heute zum Großteil als Argumentation dafür, großen, bereits bestehenden Handelsketten vor der Ansiedlung von großen, noch nicht bestehenden Handelsketten zu schützen. Keiner wisse, wie sich auf Grund der Investition die gewachsenen Strukturen in der Neustadt entwickeln werden.

Der Fraktion DIE LINKE. sei sehr wohl bewusst, dass diese Investition auch Vorteile bringen und das Gebiet aufgewertet werden könne, Revitalisierung eines ganzen Quartiers, Möglichkeit für Nutzer, die bisher keinen probaten Standort haben, z. B. die Bibliothek, verkehrliche Zuwegung.

Wenn man alle Aspekte, die Chancen und Risiken an diesem Standort abwäge, seien der Fraktion DIE LINKE. die Risiken auf Grund der Dimensionierung dieser Handelsansiedlung zu groß, deshalb mehrheitliche Ablehnung.

Herr Stadtrat Löser stellt klar, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen klar zum städtebaulichen und denkmalschützerischen Ziel einer Sanierung des DVB-Hochhauses und zur Revitalisierung der angrenzenden Brache stehe. So richtig und wichtig die Sanierung des Hochhauses auch sei, sei es auch wichtig, dass das vorgestellte Projekt der Sachsenbau den vielfältigen Anforderungen an diesem nicht ganz unkomplizierten Standort gerecht werde.

Man habe sich sehr intensiv mit dem Projekt befasst, weil auch interessante Aspekte dieser Planung gesehen werden, beispielsweise die städtebauliche Fassung der Brache zum Neustädter Bahnhof. Gut befunden wurde, dass die Sachsenbau versucht habe, die Bürgerschaft der Neustadt aktiv in die Gestaltung des Projektes einzubeziehen.

Er verweist darauf, dass eine inhaltliche, kritische Auseinandersetzung mit einem Projekt keine Verhinderungsstrategie, die einigen teilweise hier vorgeworfen wurde, darstelle, ganz im Gegenteil, sie zeige Verantwortung, und so sehe er die Aufgabe als Stadtrat. Zu dieser Verantwortung gehöre es eben auch, alle Unterlagen und Gutachten zu diesem Projekt zu lesen, um sie bewerten zu können. Dass das dringend notwendig sei, zeige die Tatsache, dass das Anliegen ursprünglich mittels einer einfachen Baugenehmigung umgesetzt werden sollte. Auf Grund von Kritik und Nachfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde dieses Verfahren als rechtlich nicht umsetzbar erkannt. Deshalb liege jetzt der vorhabenbezogener B-Plan vor.

Er bemerkt, dass die Probleme des Projektes im Detail liegen und begründet, warum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage nicht zustimmen werde.

Das Votum des Ortsbeirates zeige eine klare Ablehnung, auch über die Grünen hinaus. Eine vernünftige verkehrliche Erschließung erscheine bei diesem Projekt, auch mit den vorgelegten Veränderungen, nicht möglich. In der Vorlage werde klar gesagt, dass dieses Projekt in Größenordnungen Verkehr anziehen und generieren werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde nichts unterstützen, was im Nachhinein als Argument für den vierspurigen Ausbau der Königsbrücker Straße verwendet werden könne. Einzelhändler mit viel Erfahrungen in Dresden haben mitgeteilt, dass sie bereits bei einer Verkaufsfläche von mehr als 3 000 m² höchste Bedenken mit der verkehrlichen Erschließung an diesem Standort haben.

Die Einzelhandelsverkaufsfläche, auch nach Reduzierung des Lebensmittelmarktes, nach wie vor bei 7 000 m². Vor dem Hintergrund der prognostizierten Einkommensentwicklung in Dresden und der Tatsache, dass Dresden bereits jetzt weit mehr Einzelhandelskauffläche pro Einwohner als z. B. München oder Hamburg habe, halte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Projekt für überdimensioniert.

Das Projekt mit den sehr schönen Bildern sei eher eine Blackbox. Weder seien die Grundstücke vollständig in der Hand der Sachsenbau noch wisse man, wer der zentrale Ankermieter sein werde, von den zu erwartenden verkehrlichen Problemen ganz zu schweigen.

Falls es an dieser Stelle einen anderen Investor als Sachsenbau gebe, erwarte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von jedem Investor, dass er hinsichtlich der Nutzung, Verkehr und Städtebau die gleichen hohen Anforderungen erfüllen müsse wie sie an das Projekt der Sachsenbau gestellt wurden. Erwartet werde von jedem Investor, dass er mit der gleichen Freude und gleichem Enthusiasmus wie Frau Töberich an das Projekt herangehe, damit die Brache verschwinde und das Hochhaus saniert werde, aber mit einem stadtteilverträglichen Projekt.

Herr Stadtrat Bergmann stellt fest, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau oft schwierige Entscheidungen zu treffen habe, die heutige sei eine der schwierigsten gewesen. Das schwierige an diesem Projekt sei die Kopplung, beides zusammen abstimmen zu müssen. Wenn es nur um die Sanierung des Hochhauses ginge, könne die SPD-Fraktion zustimmen. Ginge es allerdings nur um das Einkaufszentrum mit 7 000 m² Verkaufsfläche, gebe es eine mehrheitliche Ablehnung.

Für ihn sei bei der Beurteilung solcher Einzelhandelsprojekte handlungsleitend die Zentrumsverträglichkeit. Dabei seien für ihn in diesem Fall zwei Faktoren ausschlaggebend, nämlich die Durchführung eines sauberen Verfahrens und die Reduktion der Größe.

Anfangs sei versucht worden, auch durch enormen politischen Druck, ein einfaches Verfahren, ggf. sogar nach § 34, das Projekt auf den Weg zu bringen. Der Verwaltung sei es zu verdanken, dass dieser Weg nicht beschritten wurde, sondern ein B-Plan-Verfahren vorgelegt wurde. Das würdige er durchaus, auch wenn normalerweise erst ein Aufstellungsbeschluss aufgestellt und Monate später über den Entwurf entschieden werde und man somit viel Zeit habe, alle Auswirkungen zu prüfen. Das bräuchte man aber hier angesichts der Größe des Projektes.

Ein entscheidender Punkt sei für ihn die Zentrenverträglichkeit. An dieser Stelle habe er seine Zweifel angesichts der Dimension von 7 000 m². Das Ortsteilzentrum Äußere Neustadt habe insgesamt 13 000 m² und die Innere Neustadt 9 000 m² Fläche. Dieses Projekt allein für sich genommen sei halb so groß wie die gesamte Äußere Neustadt Einzelhandelsfläche habe und fast so groß wie der Einzelhandel in der Inneren Neustadt. 28 Mio. EUR Umsatz sollen durch dieses Projekt erzeugt werden.

Die Stadtverwaltung habe davon gesprochen, dass sie sich an dieser Stelle eine maximale Verkaufsfläche von 4 000 m² zentrenverträglich vorstellen könne. Mittlerweile betrage die Fläche 7 000 m², weil die ökonomischen Interessen so hoch gewertet wurden.

Ein weiterer Punkt seien die Auswirkungen. Dazu liege eine Verträglichkeitsstudie von anerkannten Experten vor, deren Ergebnisse doch hinterfragt werden dürfen. Von den 20 Mio. EUR Umsatz, die allein bei Lebensmitteln etc. angesetzt werden, werden nur 10,6 Mio. EUR als umverteilungsrelevant angesehen. Man gehe davon aus, dass die Neustadt noch wachsen und ein Teil der bisher abfließenden Mittel durch dieses Projekt neu gebunden werden könnten, so dass nicht die gesamte Fläche als umsatzverdrängt eingeschätzt werde, sondern nur ein Teil.

Allein die Öffnung des Rewe-Supermarktes in der Königsbrücker Straße habe dazu geführt, dass der Konsum auf der Alaunstraße einen Umsatzrückgang von 8 % erzielt habe. Warum ein etwa 10-fach so großes Projekt etwa 10 % Umsatzrückgang verursachen solle, leuchte einem gesunden Menschenverstand nicht ein, auch wenn alles sauber berechnet sei. Was passiere, wenn der Konsum in der Markthalle oder in der Alaunstraße wegbreche? Fehle dort dann nicht die Frequenz, um die Entwicklung der inhabergeführten Geschäfte voranzutreiben?

Er sehe nicht, dass dieses Projekt in erheblichem Anteil Kopplungsgeschäfte im Umfeld nach sich ziehen könnte. Seine Sorgen seien nicht zerstreut worden, sondern sie seien so groß, dass sie durch die nicht ganz sichere Aussicht auf die Sanierung des Hochhauses nicht aufgewogen werden, auch wenn der Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau einen Passus aufgenommen habe, dass nur beide Projekte zusammen gehen.

Persönlich werde er die Vorlage ablehnen. Das Gleiche habe er seiner Fraktion in Abwägung der verschiedenen Interessen empfohlen.

Herr Stadtrat Böhme verdeutlicht, dass das unansehnliche DVB-Hochhaus dringend saniert werden müsse, dafür biete der vorliegende vorhabenbezogene B-Plan die besten Voraussetzungen. Außerdem bestehe die Chance, ohne Kosten für die Stadt langjährige Problemfälle zu realisieren. Neben der baulichen Sanierung des Hochhauses könne außerdem die Brachfläche Königsbrücker Straße/Ecke Antonstraße geschlossen und endlich bebaut werden.

Er verweist darauf, dass die Verkaufsfläche gegenüber der ursprünglichen Fassung um ein Drittel verkleinert wurde. Zudem tangieren der Textilanteil sowie der Non-Food-Anteil nicht die umliegenden Händler im Einzugsgebiet. Ein Gutachten sage aus, dass sich das Bauvorhaben mit der jetzigen Verkaufsfläche verträglich in die bestehenden Strukturen einfügen lasse. Außerdem werden sich durch die Steigerung der Attraktivität des Albertplatzes mittelfristig positive Effekte für alle Anrainer ergeben.

Eine Zustimmung zur Vorlage sei wichtig, denn bei einem Rückzug des jetzigen Investors könne dieser B-Plan mit nur ganz minimalen Änderungen durch andere Investoren umgesetzt werden. Eine weitere Verschiebung des Projektes würde nur die Gestaltung der Brache und die Sanierung des Hochhauses verhindern.

Die FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Stadtrat Uhlig höre teilweise Ablehnung, aber keinen konkreten Gegenvorschlag. Der Aussage von Frau Stadträtin Kaufmann hinsichtlich der Situation in Gorbitz widerspreche er. Der Rückgang der Einkaufsflächen liege eindeutig daran, dass es einen enormen Bevölkerungsschwund gegeben habe. Durch das Kaufland in Naußlitz und am Drei-Kaiser-Hof sowie die Löbtaupassage haben dazu geführt, dass die Kesselsdorfer Straße an Attraktivität gewonnen habe.

Frau Stadträtin Haase habe sich das Verkehrsgutachten, das Schallschutzgutachten und das Einzelhandelsgutachten sehr genau angeschaut. Beim so genannten Verkehrsgutachten sei festzuhalten, dass dies keine ausreichende Unterlage zur Verkehrserschließung sei. Es werde lediglich eine Stauraumbemessung für die Zufahrt Königsbrücker Straße vorgenommen. Weder werde aufgeschlüsselt, wie die Einmündung Turnerweg in die Antonstraße geregelt werden solle noch werde Bezug darauf genommen, welche Auswirkungen das Projekt im Umfeld haben werde.

Die Aussagen bezüglich des Einzugsbereiches des Projektes und das angenommene Verkehrsmittelmodalsplitt der Kunden seien eher widersprüchlich. Gehe es um die Auswirkungen auf den Einzelhandel werde betont, dass man vielfach weiter weg wohnende Kunden im Visier habe. Wenn es um den Verkehr geht, werde betont, dass viele zukünftige Kunden aus dem nahen Einzugsbereich und damit nicht mit dem Kfz anfahren würden.

Im Weiteren erläutert sie die ihr aufgefallenen Mängel bei der Stauraumbemessung Königsbrücker Straße, z. B. Ausfahrten aus der Tiefgarage, Behinderung durch Einbieger in die Tiefgarage, Überschneidung zwischen Ein- und Ausbiegern und gleichzeitigem Durchgangsverkehr auf der gleichen Fahrspur.

Weiterhin sei beim Turnerweg nicht beachtet worden, wie sich der ausfahrende Fahrzeugstrom aus der Tiefgarage und der einfahrende Lieferverkehr kreuzen sollen.

Im Gutachten zum Einzelhandel werde durch den Gutachter in einem kleinen Nebensatz erwähnt, dass das ursprünglich geplante Objekt mit 5 000 m² Verbrauchermarkt nicht verträglich gewesen wäre. Er habe das Projekt mit 3 900 m² eingestuft. Das Einzugsgebiet sei sehr groß bemessen, vom Ballhaus Watzke bis zur Autobahnanschlussstelle Wilder Mann, bis Infineon und bis zum Waldschlößchen. Für die Waren des täglichen Bedarfes gehe er davon aus, dass auch Leute, die am Hauptbahnhof wohnen, zum Albertplatz fahren. Das halte sie für sehr unrealistisch.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Stübner beantragt Abschluss der Rednerliste. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Auf der Rednerliste stehen die Herren Stadträte Hille, Fischer und Schollbach.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Abschluss der Rednerliste mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Hille benennt drei Argumente für dieses Projekt. Zum einen würde dadurch die Brache verschwinden, zum anderen könne die Hochhaussanierung erfolgen und zum dritten werde das Verwaltungshandeln gegenüber der Bevölkerung transparent gemacht und verdeutlicht, dass ein solches Projekt nicht an der Verwaltung scheitere. Alles akzeptable Ziele, die er vertreten könne.

Aus den Redebeiträgen sei zu entnehmen gewesen, dass es für einen großen Markt an dieser Stelle große Ablehnung gebe. Die Neustadt verfüge über keinen großen Markt, zu klären sei, welches Konzept hier greifen solle.

Er verweist darauf, dass im Projekt dieser Markt vorgesehen sei. Die Frage sei, welche Chance dieses Projekt noch habe und mit welchem Preis die Ziele erkaufte werden sollen. An dieser Stelle gehe er nicht auf die vielen Unstimmigkeiten im Projekt selbst und in deren Darstellung ein. Beschlossen werden solle ein vorhabenbezogener B-Plan, der unabhängig von den Investoren einen großen Baumarkt vorsieht. Im Weiteren gehe er auf die Probleme ein, die dieses Vorhaben hinsichtlich der Verkehrsbewegung mit sich bringen würde.

Ein weiteres Problem sehe er darin, dass die Antonstraße außerordentlich stark belegt sei. Er wolle nicht, dass bei Umsetzung des Projektes die Antonstraße zu einer zweiten Wilsdruffer Straße werde.

Die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion werde sich unterschiedlich positionieren. Er persönlich lehne das Vorhaben ab.

Herr Stadtrat Fischer habe sich schon oft die Frage gestellt, wann dieses Gebäude einfallt. Selbst Experten gehen davon aus, dass eine Sanierung sehr teuer wäre und man das Gebäude abreißen und neu aufbauen müsste.

Er verweist darauf, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau alle Punkte abgewogen wurden, verkehrliche Anbindung, Größe der Verkaufsfläche, die Fassadengestaltung usw. Wenn man alle Punkte abwäge, überwiegen die positiven Aspekte. Deshalb werde er zustimmen.

Herr Stadtrat Schollbach geht auf die Anmerkung von Herrn Stadtrat Uhlig ein, der den Vergleich mit Naußlitz vorgebracht habe.

Er habe aus eigenem Erleben die Vergangenheit verfolgen können. Er erinnere daran, dass das Ziel darin bestand, den alten verfallenen Straßenbahnhof Naußlitz zu retten. Kaufland habe das dann übernommen. Das Ergebnis sehe man heute in Gorbitz. In mehreren Centern, die Anfang der 90er-Jahre dort entwickelt wurden, seien Ankermieter, z. B. Konsum, weggebrochen. In der Konsequenz seien auch kleinen Geschäfte ringsherum verloren gegangen, die sich um die Ankermieter herum angesiedelt haben. Gerade für die älteren Menschen sei das ein ganz erhebliches Problem.

Einig sei sich der Stadtrat dahingehend, das ehemalige DVB-Hochhaus sanieren zu wollen und dass dazu Kröten zu schlucken seien. Die Frage sei nur, wie groß diese Kröten sein dürfen, ohne dass man sich an dieser Kröte verschlucke. Er glaube, dass sich die Stadt Dresden und insbesondere die Dresdner Neustadt an dem vorliegenden Projekt, an der vorliegenden Kröte kräftig verschlucken werde. Er sehe erhebliche Probleme, die von diesem Projekt ausgehen.

Deshalb werde die Fraktion DIE LINKE. in der Mehrheit die Vorlage ablehnen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 37 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat beschließt** nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 Abs. 2 BauGB, für das Gebiet Königsbrücker Straße (Westseite)/Albertplatz/Antonstraße (Nordseite) einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 Abs. 1 BauGB aufzustellen. Dieser trägt die Bezeichnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 655, Dresden-Neustadt, Einkaufszentrum und Bürgerhaus am Albertplatz.
2. Der Stadtrat beschließt den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans entsprechend der Anlagen 1 und 2.
3. Der Stadtrat billigt den Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 655 Dresden-Neustadt, Einkaufszentrum und Bürgerhaus am Albertplatz, in der Fassung vom 2. August 2010 (Anlage 3).
4. Der Stadtrat billigt die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf in der Fassung vom 2. August 2010 (Anlage 4).
5. Der Stadtrat beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 655, Dresden-Neustadt, Einkaufszentrum und Bürgerhaus am Albertplatz, nach § 13 a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 Alternative 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von 1 Monat öffentlich auszulegen und nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 Alternative 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
6. Es wird festgeschrieben, dass der Non-Food-Anteil von 15 % nicht überschritten werden darf.

7. Im Durchführungsvertrag ist festzuhalten, dass eine Genehmigung für den großflächigen Einzelhandel nur dann zu erteilen ist, wenn im Vorfeld verbindlich die zeitgleiche Sanierung des Hochhauses nachgewiesen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 37 Nein 30 Enthaltung 3

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 31 | Modellprojekt „Kostenfreier Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen der Stadt Dresden“ | A0085/09
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Verweisung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 32 | Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen | A0097/09
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Vertagung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 33 | Solarstadt Dresden - Innovations- und Investitionsförderung für Wirtschaft und Klimaschutz | A0146/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Vertagung

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 34 | „Dresdner Kulturtaxe“ - Einführung einer Übernachtungsabgabe in Dresden | A0161/10
beschließend |
|-----------|--|----------------------------------|

Verweisung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 35 | Maßnahmen zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Verkehrsbelastungen auf der B 6 - Umsetzung des Stadtratsbeschlusses V1701-SB51-07 vom 28.03.2007 vor Freigabe der Niederwarthaer Brücke | A0177/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Herr Wierschin, Vertreter der BI „Lebensqualität im linkselbischen Raum“ erläutert, dass die BI sich für den Erhalt der Wohn-, Arbeits- und Lebenssituation der Bevölkerung in den Dresdner Stadtteilen Cossebaude, Stetzsch, Kemnitz und Niederwartha engagiere.

Durch die erwartete erhebliche Zunahme des Verkehrs wegen der Öffnung der neuen Niederwarthaer Autobrücke im Jahr 2011 sehe die BI die Lebensqualität der Anwohner gefährdet. Enttäuschend sei, dass der bereits seit 2007 bestehende Stadtratsbeschluss nicht Realität geworden sei und die Stadtverwaltung bisher nicht willens sei, an diesem Zustand etwas zu ändern. Deshalb begrüße die BI den erneuten interfraktionellen Antrag und unterstütze diesen ausdrücklich. Wichtig sei es, dass die Mittel in den Haushalt 2011 eingeplant werden. Nur so könne eine Wirksamkeit noch vor der Brückenöffnung für diese Stadtteile erzielt werden. Andernfalls sei auf Grund der zusätzlichen Belastung für die Anwohner die Brückenöffnung nicht zu vertreten.

In einem heute Herrn Zweiten Bürgermeister Sittel übergebenen offenen Brief, der von mehr als 1 000 Einwohner unterschrieben wurde, habe die BI die unbedingt erforderlichen Maßnahmen noch einmal zusammengefasst. Die Kernforderungen lauten:

- Tempo 30 in Teilbereichen, speziell in den Nachstunden zur Lärmreduktion,
- geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen im Ortsamtsbereich Cossebaude,
- Einrichtung weiterer sicherer Querungsmöglichkeiten für Fußgänger im gesamten Streckenverlauf zur Verbesserung der Verkehrssicherheit,

- Maßnahmen zum Schutz vor Schleichverkehr durch das Nebenstraßennetz, speziell während Stau und hohem Verkehrsaufkommen,
- Verbesserung des ÖPNV-Angebotes und des Radverkehrs in diesen Stadtteilen.

Die BI bittet, dem interfraktionellen Antrag zuzustimmen zum Schutz der Anwohner im Dresdner Westen vor noch mehr Verkehrslärm, Schmutz und Abgasen und zur Erhaltung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger im linkselbischen Raum.

Herr Stadtrat Dr. Brauns spricht sich für den Antrag aus. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau habe sich sehr intensiv mit diesem Antrag beschäftigt und Maßnahmen festgelegt.

Er verweist darauf, dass bisher für diese Maßnahmen keine finanziellen Mittel eingestellt seien. Gespannt sei er auf die Haushaltsdiskussion. Die Frage sei, ob der Verkehr in dem gebührenden Maße zum Zuge komme oder nicht. Werde es möglich sein, für diese Maßnahmen Gelder einzustellen oder gehe das zu Lasten anderer Projekte, die auch dringend erforderlich seien.

Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Frau Stadträtin Klepsch stellt fest, dass der Stadtrat bei diesem Antrag fraktionsübergreifend an einem Strang im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner an der B 6 in Cossebaude ziehe. Sie würdige das Engagement der BI, sich für ihr Wohnumfeld einzusetzen. Dies sei wichtig für ein demokratisches Miteinander in dieser Stadt. Insofern begrüße sie den interfraktionellen Antrag.

Sie kritisiert, dass der Beschluss von 2007 bisher nicht umgesetzt wurde. Die Verkehrsbelastung sei bereits vor der Brückenöffnung sehr hoch. An den Stellen, wo keine Ampel stehe, sei es schwierig, die Straße zu überqueren oder aus dem Nebennetz in die Straße einzubiegen.

Besonders freue sie sich, dass nach der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion DIE LINKE. auch die CDU-Fraktion der Meinung sei, dass dort unbedingt Maßnahmen erforderlich seien. Trotz dieses Konsenses müssen Gelder im nächsten Haushalt eingestellt werden. Des Weiteren müsse darauf hingewirkt werden, dass die Maßnahmen vor der Brückenöffnung im Jahr 2011 umgesetzt werden.

Folgende Erkenntnisse seien aus diesem Vorgang zu ziehen: Die Anliegen der Ortschaften sowie der BI müssen ernst genommen werden. Die Stadt müsse zeigen, dass Demokratie auf diese Art und Weise funktionieren könne und dass man mit vergleichsweise wenigen Mitteln erste Verbesserungen erreichen könne.

Herr Stadtrat Bergmann verweist darauf, dass man sich die Ausgangssituation noch einmal vor Augen führen müsse, um zu verstehen, warum der Stadtrat heute eine Einigung über alle Fraktionsgrenzen hinweg erziele.

Ursprünglich sei den Anwohnern an der B 6 gesagt worden, dass sich bis 2015 der Verkehr mehr oder weniger halbieren werde, weil die neue B 6 gebaut werde. Dann stellte sich allerdings heraus, dass die neue B 6 nicht 2015, sondern frühestens 2020 gebaut werden könne. Die Brücke in Niederwartha werde aber Ende 2011 eröffnet. Statt einer Halbierung des Verkehrs werde es eine Mehrbelastung bis zu 4 000 Kfz auf einzelnen Abschnitten geben. Dass sich die Anwohner gegen eine Mehrbelastung durch Lärm und weniger Verkehrssicherheit wehren, sei verständlich. Er begrüße diesen Druck von unten ausdrücklich.

Es gebe einen weiteren Grund, warum der Stadtrat gefordert sei. 2007 sei die Problematik an sich schon erkannt worden. Dazu habe es einen klaren Auftrag durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau gegeben, der allerdings zu keinen Folgen seitens der Verwaltung geführt habe.

Insofern sei es richtig, interfraktionell noch einmal Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, bis zur Eröffnung der Brücke Maßnahmen einzuleiten, die die Verkehrssicherheit erhöhen und die Lebensqualität für die Anwohner verbessern. Er verweist auf die im Antrag aufgeführten Maßnahmen. Dieser Druck habe auch schon etwas bewirkt, z. B. die Einrichtung Tempo 30 am Stauseebad. Eine Verbesserung der Radverkehrsführung sei in der Vorbereitungsphase.

Er sei froh, dass mit diesem gemeinsamen Druck für die Betroffenen etwas in Bewegung gekommen sei und hoffe, dass die Stadtverwaltung diesen Beschluss ernster nehme als den letzten, damit die Erwartungen auch weitgehend erfüllt werden können.

Frau Pohl, Ortsvorsteherin von Cossebaude, erinnert daran, dass sie in ihrer 11-jährigen Amtszeit als Ortsvorsteherin das zweite Mal vor dem Stadtrat spreche. Damit wolle sie unterstreichen, wie wichtig der Ortschaft, dem Ortschaftsrat und ihren Bewohnern der Schutz vor zusätzlichen Verkehrsbelastungen durch die B 6 nach der Eröffnung der Niederwarthaer Brücke sei. Die Gründung einer BI in der Ortschaft und die Übergabe einer großen Zahl von Unterschriften sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache. Sollten die vorgeschlagenen Maßnahmen beschlossen werden, wäre das für die Ortschaft eine überaus große Unterstützung.

Sie bittet den Stadtrat, hier und heute zu zeigen, dass die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger von Cossebaude ernst genommen werden und nicht für gering erachtet werden.

Abstimmung

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. sich gemäß des Beschlusses V1701-SB51-07 vom 28. März 2007 insbesondere für folgende Maßnahmen unter Berücksichtigung der Vorschläge der Bürgerinitiative „Lebensqualität im linkselbischen Raum“ bis zur Freigabe der Niederwarthaer Brücke einzusetzen:
 - a. Vollsignalisierung und sichere Gestaltung des Knotenpunktes Gohliser Straße/ Dresdener Straße,
 - b. Abschnittsweise Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 zur Lärmreduzierung,
 - c. Installation einer Geschwindigkeitsüberwachungseinrichtung an geeigneter Stelle,
 - d. Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Unfallhäufungsstelle Knoten „Am Urnenfeld/Meißner Landstraße“,
 - e. Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahme im Ortseingangsbereich Cossebaude in Höhe Zufahrt Stauseebad,
 - f. Verbesserung der Radverkehrsführung.
2. ein Gutachten über die derzeitigen und die zukünftig zu erwartenden Lärm- und Luftschadstoffimmissionen im Verlauf der B 6 dem Stadtrat bis zum 31. Oktober 2010 vorzulegen.
3. mit geeigneten verkehrsorganisatorischen und baulichen Maßnahmen sicherzustellen, dass es nach Freigabe der Niederwarthaer Brücke zu keiner Verlagerung von Verkehren in die Wohngebiete entlang der Bundesstraße kommt. Die Vorschläge sind dem Stadtrat bis zum 31. März 2011 zur Beschlussfassung vorzulegen.

4. mit der Dresdner Verkehrsbetriebe AG und dem Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) über die Verbesserung der Verbindungsqualität (Taktverbesserung) Verhandlungen aufzunehmen sowie bis zum 31. März 2011 konkrete Vorschläge und Umsetzungsschritte vorzulegen, die geeignet sind, die Attraktivität des ÖPNV wirksam zu verbessern.
5. mit der Stadt Radebeul und dem Straßenbulasträger Verhandlungen über die Lkw-Wegweisung im Bereich Radebeul-Naundorf zu führen.
6. zu prüfen, ob bis zur Inbetriebnahme der neuen B 6 eine Tonnagebegrenzung auf der Niederwarthaer Brücke gemäß § 45 Abs. 1 S. 3 StVO angeordnet werden kann.
7. für die in den Punkten 1 bis 6 genannten Maßnahmen eine finanzielle Bewertung durchzuführen und darauf aufbauend ein Umsetzungskonzept für die Punkte 1 und 2 mit Prioritäten und Zeitplan bis zum 30. September 2010 dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, für die übrigen Punkte gilt Entsprechendes bis zum 31. März 2011.
8. dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau ein Jahr nach Verkehrsfreigabe der Brücke über die Entwicklung des Unfallgeschehens und der Verkehrsbelastung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

36 Schulen sanieren - in Bildung investieren!

**A0203/10
beschließend**

Vertagung

37 Helmut-Schön-Ehrung - Namensgebung - Straße

**A0212/10
beschließend**

Herr Stadtrat Genschmar erläutert und begründet den gemeinsam mit der CDU-Fraktion und der BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion eingereichten interfraktionellen Antrag und bittet um Zustimmung.

Herr Wehse, Vertreter der Fans des DSC, erinnert daran, dass Helmut Schön der größte Export gewesen sei, den der Dresdner Fußball je hervorgebracht habe. Von 1930 bis 1950 habe er beim Dresden SC gespielt und gewirkt. Dort wurde er zwei Mal Deutscher Meister und zwei Mal Pokalsieger. Er wurde Bundestrainer in der BRD, WM-Dritter und Vizeweltmeister, Weltmeister und Europameister und war somit der erfolgreichste Nationaltrainer der Welt.

Noch heute gedenke man auch in Dresden der Person Helmut Schön. Fünf Minuten vor Anstoß der Partien des Dresdner Sportclubs ertöne im Heinz-Steyer-Stadion in der Friedrichstadt die inoffizielle Vereins- und Fanhymne von Udo Jürgens „Der Mann mit der Mütze“, eine Ballade zu Ehren Helmut Schöns. Viele Fahnen zieren mit seinen Konterfei und dem Namen die Tribüne. Dass es bisher nicht gelungen sei, den berühmten Sohn Dresdens ein Denkmal zu setzen, mag u. a. den politischen Umständen der Nachkriegszeit geschuldet sein. 1950 floh er in den Westen. Damit habe sein Wirken in der Dresdner Friedrichstadt und beim DSC nach 20 Jahren ein Ende gehabt.

Helmut Schön sei damit sehr unglücklich gewesen, aber eine Neugründung des DSC gab es nicht. In der BRD seien viele Versuche unternommen worden, den Namen des DSC nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. U. a. spielte der Hauptstadtclub Hertha BSC ein Jahr lang als Dresdner Sportclub Hertha BSC Berlin.

Auch in Heidelberg sammelten sich ehemalige Fußballer des DSC und gründeten den Dresdner SC Heidelberg. Diesen Namen habe der Verein noch lange getragen, nachdem der letzte Dresdner diesen Verein verlassen habe. Selbst in Wiesbaden, wo Helmut Schön 1996 verstarb, sei es gelungen, ihn mit dem Namen Helmut-Schön-Sportpark zu ehren.

Die DSC-Fans seien erfreut, dass nun auch in Dresden mit der Umbenennung einer Straße der Anfang für eine offizielle Ehrung gemacht werden solle. In Besprechungen mit der Leitung des DSC haben die Fans allerdings festgestellt, dass erneut die Straße an der Hauptallee in der Nähe des Rudolf-Harbig-Stadions, ebenfalls ein ehemaliger Sportler des DSC, umbenannt werden solle. Für die Fans stelle sich die Frage, ob die SG Dynamo Dresden keine eigenen erfolgreichen Sportler vorweisen könne, an die in der Nähe des Dynamo-Stadions erinnert werden könne. Warum keine Walter-Fritzsich-Allee, einen Dixi-Dörner-Platz oder eine Klaus-Sammer-Straße?

Das Dynamo-Stadion sei das fußballerische Gravitationszentrum Dresdens. Dennoch ergebe eine Helmut-Schön-Allee am Rudolf-Harbig-Stadion keinen Sinn. Schon als der Antrag vor Jahren zum ersten Mal im Stadtrat behandelt wurde, drohten einige Dynamo-Fans, die Straßenschilder sofort wieder abzureißen, sobald die Straße den Namen eines DSCers tragen würde. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Ausschreitungen am 01.09.2002 beim Derby zwischen Dynamo Dresden und dem Dresdner SC. Aus seiner Sicht sei es ein Affront, eine Straße nach dem Mann zu benennen, dessen Erinnerung sich bisher eben diese Fans des DSC verschrieben hatten. Aus seiner Sicht ein Affront.

Er verdeutlicht, dass das Leben und Wirken von Helmut Schön eng mit der Dresdner Friedrichstadt und dem Ostragehege verbunden bleibe. Aus den genannten Gründen bittet er den Stadtrat, dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zuzustimmen.

Herr Stadtrat Haßler spricht sich für den Antrag aus. Er verweist darauf, dass der Name Helmut Schön weltweit bekannt sei, Walter Fritzsich wohl eher nicht. Zum 95. Geburtstag von Helmut Schön finde ein Frauenfußballländerspiel im neuen Stadion statt. An diesem Tag werden Vertreter des Deutschen Fußballbundes in Dresden sein. Wenn an diesem Tag im Vorfeld die Umbenennung am neuen Fußballstadion, das der Stadt Dresden gehöre, vorgenommen werden würde, gebe es für die Stadt internationale Presse. Im nächsten Jahr werde Dresden dann über die Frauenfußballweltmeisterschaft an der Helmut-Schön-Allee berichten.

Er erinnert daran, dass einige prominente Spieler 1974 Weltmeister geworden seien. Ob es gelingen würde, so kurzfristig Franz Beckenbauer nach Dresden zu holen, bezweifle er, aber es gebe noch andere Weltmeister. Er sehe das als internationale Werbung für die Stadt Dresden an, da Helmut Schön international immer noch ein Begriff sei. Mit diesem Namen und diesem Stadion könne viel für Dresden getan werden. Unbenommen bleibe natürlich sein Einsatz beim DSC, aber trotzdem habe Helmut Schön in der Nähe der Hauptallee das Fußballspielen gelernt. Zu überlegen wäre, was man im Ostragehege tun könne. Da gebe es sicherlich viele Möglichkeiten, den Spieler Helmut Schön zu ehren.

Er sehe an dieser Stelle den erfolgreichsten Bundestrainer am neuen Stadion in Blickrichtung Frauenfußball-WM und auch andere Spiele der deutschen Fußballnationalmannschaft. Unter diesem Gesichtspunkt passe aus seiner Sicht der Name Helmut Schön an dieses Stadion.

Frau Stadträtin Lässig äußert sich kritisch zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Sie erinnert daran, dass es bereits vor vielen Jahren einen Antrag mit dem gleichen Vorschlag gegeben habe, der allerdings abgelehnt wurde.

Herr Stadtrat Schollbach erläutert den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., die sich sehr sachlich mit diesem Antrag auseinandergesetzt habe. Der Vorschlag, Helmut Schön in dieser Stadt durch die Umbenennung einer Straße zu ehren, sei grundsätzlich gut, aber ausgerechnet die Straße zu wählen, die am Dynamo-Stadion liege, sei nicht klug.

Herr Wehse habe dargelegt, dass sich die Fans des Dresdner Sportclubs provoziert fühlen, wenn ein Sportler, der viele Jahre lang in der Friedrichstadt für den DSC gewirkt habe, ausgerechnet beim zentralen, sportlichen Konkurrenten in der Stadt am Stadion eine Ehrung erfahren solle. Befragte Dynamofans sehen das ähnlich so.

Die Fraktion DIE LINKE. vertrete die Meinung, dass man Helmut Schön keinen Gefallen tue, wenn man diesen Beschluss so fassen würde, weil diese Ehrung nicht in einer Weise erfolge, wie sie angemessen wäre und damit Konflikte produziert werden, die einige hier im Saale gehörig unterschätzen. Das sollte der Stadtrat nicht tun.

Deshalb habe die Fraktion DIE LINKE. in ihrem den Änderungsantrag die Pieschener Allee für die Ehrung vorgeschlagen, wo Helmut Schön gewirkt habe.

Er bittet um Zustimmung. Damit würde die Stadt eine schwierige Situation vermeiden.

Herr Stadtrat Blümel gebe zu, von dem Antrag anfangs nicht begeistert gewesen zu sein, besonders nicht darüber, dass andere Fraktionen zu diesem Thema nicht befragt worden seien.

Er empfehle der SPD-Fraktion trotzdem, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei an der Zeit, dafür Sorge zu tragen, dass die genannten Konflikte, die es ohne Zweifel nach wie vor gebe, nicht weiter verschärft und immer wieder alte Rituale bedient werden. Der Stadtrat sollte dem Vorschlag folgen. Wenn man es dann noch schaffen würde, im Ostragehege beispielsweise Walter Fritsch eine Ehrung zukommen zu lassen, wäre das eine runde Sache.

Herr Stadtrat Rentsch wundere sich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Er habe bereits vor 10 Jahren den Vorschlag für eine Ehrung von Helmut Schön im Ostragehege unterbreitet. Dazu habe er vorgeschlagen, das Stadion um zu benennen. Dieser Vorschlag sei nicht sehr glücklich gewesen. Aber immerhin habe er 302 Zuschriften bekommen, 2 dafür, 300 dagegen. Vorgeschlagen wurde dann die Pieschener Allee. Hierzu habe es die Zustimmung der Stadtverwaltung, des DSC-Vereins gegeben, wer nicht zugestimmt habe, sei die PDS-Fraktion gewesen. Auf Anraten des damaligen Oberbürgermeisters, Herrn Roßberg, sollte er den Antrag zurückziehen, was er nicht getan habe. Dieser Antrag liege noch heute in verschiedenen Varianten in der Stadtverwaltung.

Der Gedankengeber sei nicht er gewesen, sondern der Altvater der FDP, Wolfgang Mischnik. Bei einem gemeinsamen Treffen habe er angefragt, wie Dresden Helmut Schön ehren könne. Der Vorschlag Pieschener Allee sei von Herrn Mischnik gekommen und nicht von der PDS-Fraktion. Das sei die wahre Geschichte.

Herr Stadtrat Matthis bemerkt, dass sein Vorredner vollkommen recht habe, nicht die PDS-Fraktion habe den Vorschlag unterbreitet, sondern das sei die Idee von Herrn Stadtrat Rentsch und Herrn Mischnik gewesen. Genau auf diese Idee sollte man heute zurückkommen, denn der Vorschlag sei gut und deutlich besser als der heutige Vorschlag.

Er verweist darauf, dass bei Umbenennung von Straßen oft nur Teile einer Straße umbenannt werden. Nun führe die Hauptallee durch den gesamten Großen Garten. Niemand würde auf die Idee kommen, im Großen Garten Teilstücke umzubenennen. Was tue man hier? Man nehme das letzte Stück der Hauptallee jenseits des Großen Gartens. Mit diesem kleinen Stück solle Helmut Schön geehrt werden, aus seiner Sicht etwas makaber.

Er verdeutlicht, dass sich die Pieschener Allee viel besser eignen würde, weil diese, dem Anliegen angemessen, die richtige Stelle sei. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass die Benennung Pieschener Allee sehr verwirrend sei, weil diese nicht nach Pieschen führe.

Man müsse zugestehen, dass es in der Fraktion personelle Änderungen gegeben und man nach 10 Jahren etwas dazugelernt habe, obwohl er nicht glaube, dass es damals allein an der PDS-Fraktion gescheitert sei, denn so stark sei sie auch nicht gewesen.

Er bittet, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Dr. Lames beantragt Abschluss der Debatte. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Abschluss der Debatte mehrheitlich zu.

Herr Stadtrat Fischer hält das Schlusswort und spricht sich für den Antrag aus. Er erinnert daran, dass Helmut Schön bis zur Schließung 1938 am St.-Benno-Gymnasium gewesen sei. Bevor überhaupt jemand über Helmut Schön gesprochen habe, seien im Gymnasium bereits die Helmut-Schön-Turniere begonnen worden, und das bereits seit Jahren. Er verweist darauf, dass Helmut Schön im Stadtgebiet Altstadt/Johannstadt gelebt habe.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit 11 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 24 Enthaltungen zu.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Hoffsommer zu seinem Abstimmungsverhalten:

„Ich habe mich enthalten, weil ich bei diesem Standortstreit es am Ende hoch problematisch finde, so oder so zu sagen. Das gilt für die gesamte Fraktion. Es haben beide Seiten gute Argumente gehabt. Am Ende finde ich es wichtig, dass Helmut Schön einen Platz hat in dieser Stadt. Ich finde, es ist auch gut, dass die Debatte jetzt beendet ist.“

Der Stadtrat beschließt:

Am 15. September 2010 wäre der ehemalige Bundestrainer Helmut Schön 95 Jahre alt geworden. Die Landeshauptstadt Dresden nimmt dies zum Anlass und ehrt den gebürtigen Dresdner.

1. Die Hauptallee wird im Abschnitt zwischen Lingnerplatz und Lennéstraße in Helmut-Schön-Allee umbenannt; die Umbenennung soll, wenn möglich, am 15. September 2010 in einem feierlichen Rahmen erfolgen. Dazu wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, eine Persönlichkeit des Deutschen Fußballbundes als Festredner einzuladen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird des Weiteren beauftragt, die Dresdner Verkehrsbetriebe AG zu ersuchen, die in Höhe der künftigen Helmut-Schön-Allee gelegene Haltestelle entsprechend umzubenennen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 45 Nein 1 Enthaltung 24

40 Protest gegen die Kürzungen des Freistaates Sachsen im Nahverkehr

**A0250/10
beschließend**

Frau Stadträtin Jähnigen erläutert und begründet ausführlich den Eilantrag A0250/10.

Zum Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion merkt sie an, dass der Beschlusspunkt 1 die Kritik am, dem VVO aufgezwungenen Sparkurs, verschärfe. Deshalb wurde sie diesen Punkt 1 als Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gern übernehmen.

Der Beschlusspunkt 2 erscheine ihr etwas interpretierbar. Sicherlich sei es richtig, dass sich die Kommunen beim Freistaat für eine angemessene Ausstattung der Nahverkehrsmittel einsetzen müssen. Das sei kein Gnadenrecht für die Zweckverbände, sondern sie haben das Recht darauf, denn dafür gibt der Bund den Ländern diese Gelder, die nicht für andere Dinge verwendet werden und ihrer Meinung nach auch nicht für Haushaltskonsolidierungen.

Schwieriger finde sie den Vorschlag, dass der Zweckverband gemeinsam mit dem Freistaat Einsparpotentiale suchen solle. Zwar werde immer behauptet, teilweise auch im Landtag, dass es Potentiale gebe, aber sie werden nicht benannt. Es sei natürlich Aufgabe der Stadt, aufzuzeigen, wo es im VVO Einsparpotentiale gebe.

Sie halte es aber nicht für klug, öffentlich und bundesweit zu signalisieren, dass man davon ausgehe, dass es größere Einsparpotentiale gäbe, was sie nicht glaube, denn ab 2014 werden die Bundesländer mit der Bundesregierung über die Verteilerschlüssel der Mittel, die so genannten Regionalisierungsmittel aus der Mineralölsteuer, für den ÖPNV neu verhandeln müssen. Bis jetzt sei Sachsen relativ gut, und zu recht bei dem dichten Bahnnetz, ausgestattet. Es gebe viele Bundesländer, die Sachsen um diese Situation außerordentlich beneiden. Deshalb würden öffentlich Äußerungen über Einsparpotentiale oder über stillzulegende Bahnen die zukünftigen Verhandlungen außerordentlich schaden. Sie hätte nichts dagegen, wenn Effizienzpotentiale benannt werden.

Sie bittet um Zustimmung.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Rentsch erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Erfreulich sei, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beschlusspunkt 1 übernommen wolle.

Zum Beschlusspunkt 2 merkt er an, dass dieser hinsichtlich von Einsparpotentialen zielführend sei, die die CDU-Fraktion im Einzelnen sehe. Nicht vorstellen könne man sich eine zweite Tarifierhöhung im nächsten Jahr. Das seien verhärtete Maßnahmen für die Dresdner, welche die CDU-Fraktion nicht mittragen könne.

Er verdeutlicht, dass die Einsparpotentiale die Dresdner Bürger wenig betreffen, trotzdem sollte über folgende Themen gesprochen werden:

1. Einsparpotentiale beim VVO selbst,
2. Verzicht auf den Wiederaufbau der Weißeritzbahn, 2. Bauabschnitt,
3. Ausdünnung des Fahrplanes bei den Schmalspurbahnen,
4. Einschränkung der Leistungen zwischen Pirna und Schöna, S 1, auf jeden 2. Zug im Winterhalbjahr,
5. Busersatzleistungen auf der Strecke Dresden – Königsbrück an den Wochenenden,
6. Hinterfragung des mittelfristig geplanten 15-Minuten-Takt auf der S-Bahn.

Er bittet, dem weitergehenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion zuzustimmen, der dazu beitragen könnte, drastische Schließungen zu verhindern. Wenn man sich in der Hinsicht gemeinsam mit dem VVO, dem Land und den Landtagsabgeordneten nicht bemühe, werde man vermutlich schweren Zeiten entgegensehen.

Herr Stadtrat Matthis verweist darauf, dass die Fraktion DIE LINKE. in den meisten Punkten mit dem Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion übereinstimme. Zu den feinsinnigen Differenzen müsse man die Hintergründe kennen. Eigentlicher Auslöser des Ganzen seien die massiven Kürzungen des Freistaates. Nunmehr versuchen alle, den schwarzen Peter weiterzuschieben.

Der eigentliche Auslöser sei das Loch im City-Tunnel in Leipzig, welches mit 50 Mio. EUR zu Buche schlage, davon werden 30 Mio. EUR auf die Zweckverbände abgewälzt, in dem Falle 8 Mio. EUR auf den VVO. Eine gewisse Schuld trage dabei die Staatsregierung, was die CDU zwar nicht gern höre, aber man habe in der Staatsregierung einen Buhmann ausgemacht, nämlich den Wirtschaftsminister. Alle Landräte haben sich darauf eingeschossen, ihn zum Sündenbock zu machen und lehnen diese Erhöhung ab, aber jeder lehne nur die Streckenstilllegung in seinem Kreis ab, so dass am Ende alle Streckenstilllegungen eine Mehrheit finden, nur nicht mit den Stimmen des jeweils betroffenen Kreises.

In ihrem Ersetzungsantrag plädiere die CDU-Fraktion für eine komplette Ablehnung, scheue sich aber davor, wie im Punkt 3 im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, sich im Zweifelsfall mit dem Freistaat auseinanderzusetzen.

Er halte den Punkt 3 im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für wichtig. Sollte der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Mehrheit finden, beantrage er, den Punkt 3 als Ergänzungsantrag zum CDU-Antrag abzustimmen.

Zu den vorgeschlagenen Einsparpotentialen merkt er an, dass diese in letzter Konsequenz auch nicht besser seien als das, was jetzt an Streckenstilllegungen vorliege. Trotzdem sei es wichtig, nach Einsparpotentialen zu suchen.

Herr Stadtrat Bergmann bemerkt, dass man über die Antragsentwicklung durchaus etwas überrascht sein könne, denn die CDU-Fraktion überhole mit ihrem Ersetzungsantrag die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er freue sich über diesen Schulterchluss.

Er stellt klar, dass die Kürzungsvorschläge vom Land verkehrspolitisch mit geringem Sachverstand auf den Weg gebracht wurden, denn man könne nicht einfach von heute auf morgen Schienenpersonennahverkehr abbestellen, denn man müsse trotzdem für die leeren Trassen zahlen. Wenn man den Verbänden Zeit gelassen hätte, hätte man eine Menge Geld sparen können und es wären weniger scharfe Kürzungen erforderlich. Aber offenbar sei das Gespräch im Vorfeld nicht hinreichend gesucht worden.

Er verdeutlicht, dass der VVO durch diese Kürzungen im nächsten Jahr 8 Mio. EUR weniger haben werden, die durch Einsparungen kompensiert werden müssen, was nicht so einfach sei. Der Vorschlag der Tarifierhöhung um 5 % im nächsten Jahr sei unakzeptabel. Probleme sehe er auch bei den Zuschüssen für die DVB AG, die der VVO aus den Regionalisierungsmitteln finanziere. Noch nicht erwähnt worden sei, dass es eine komplette Streichung der Investitionen durch den VVO geben werde.

Insgesamt sei dieses Spardiktat, was den Verbänden vor die Nase gesetzt wurde, mit erheblichen Schäden und negativen Langzeitwirkungen verbunden. Deshalb sei der Protest richtig. Allerdings liege der Schlüssel auf Landesebene. Er appelliert daran, auf die eigenen Landtagsabgeordneten zuzugehen, damit diese den Kürzungsbeschluss in den Haushaltsplanungen des Landes noch einmal überdenken können, ansonsten wäre es zum Schaden des Schienenpersonennahverkehrs und des Nahverkehrs insgesamt. Bisher sei der VVO auf einem guten Weg gewesen, der auch weiter fortgesetzt werden sollte.

Frau Stadträtin Jähnigen bemerkt, dass es um viel mehr als nur um die Kürzung der Betriebsmittel für den ÖPNV gehe.

Es gehe darum, dass im gesamten Landeshaushalt, auch in den investiven Mitteln, der Schwerpunkt stärker vom öffentlichen Verkehr auf die Straße verlagert werde. Sie freue sich, dass in diesem Zusammenhang der Geschäftsführer, Herr Zieschank, in der Anhörung im Landtag für den Verband der Verkehrsunternehmen Klartext sprechen werde.

Herr Stadtrat Bergmann habe davon gesprochen, dass der Verkehrsminister diese Problematik sehr ungeschickt angefasst habe, aber es sei mehr als ungeschickt, es sei eine politische Absicht, die dahinterstehe, und die der Verkehrsminister im Landtag und in der Öffentlichkeit auch klar ausgesprochen habe. In den Ballungsräumen sollen die Bahnen noch fahren, weiter draußen erledige das der Bus.

Herr Stadtrat Rentsch habe einige Möglichkeiten genannt, über die man sprechen sollte. Wäre es richtig zu sagen, sollen die doch die Weißeritztalbahn nicht weiter bauen, die S1 von Dresden nach Schöna oder die Schmalspurbahn in Radebeul ausdünnen, das betrifft die Region nicht? Dem müsse sie widersprechen, denn die Stadt sei betroffen, wenn in der Region und im Ballungsraum das Nahverkehrsangebot ausgedünnt werde, denn die genannten Bahnen seien touristisch hoch relevant.

Die Frage der inneren Sparpotentiale habe sie im VVO selbst schon angesprochen. Aber hier gehe es um 6-stellige Summen, über die der Stadtrat reden müsse.

Die Kernfrage sei, ob man sich mit den Landkreisen im Umland solidarisiere, die eine Abbestellung ihrer Bahnen ablehnen, die wichtige Funktionen erfüllen, nicht schlecht ausgelastet seien und die die Stadt für ihren Tourismus brauche.

Einige Anmerkungen zu den Taktzeiten. Momentan fahren die Bahnen von Meißen nach Dresden im 30-Minuten-Takt. Hier gebe es bereits Probleme im Berufsverkehr. Sie erinnere daran, dass bei den Beratungen zum Verkehrskonzept über einen 10-Minuten-Takt gesprochen worden sei, nunmehr gehe es um einen 15-Minuten-Takt, das sei ein außerordentlich bescheidener Ansatz. Wenn man sich die S 1 vom Dresdner Hauptbahnhof nach Pirna anschau, werde man feststellen, dass die Bahnen schon in einem versetzten 15-Minuten-Takt voll seien, viele Fahrgäste bringen Einnahmen. Sie glaube, dass ein 20-Minuten-Takt aus technologischen Gründen nicht reiche und mit den Kürzungen nicht finanzierbar sei.

Insofern bringe das Angebot nichts, man müsse die Kürzungen ablehnen und zwar zusammen mit den betroffenen Kreisen im Umland. Deshalb bitte sie um Zustimmung zum Antrag in allen Punkten.

Die Oberbürgermeisterin erläutere das Abstimmungsverfahren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde den Beschlusspunkt 1 im Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion als neuen Punkt 1 übernehmen, die anderen Punkte verschieben sich dementsprechend.

Herr Stadtrat Holger Zastrow beantrage punktweise Abstimmung des Ersetzungsantrages der CDU-Fraktion.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn beantrage, zunächst den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion komplett abzustimmen, eine punktweise Abstimmung lehne er ab.

Herr Stadtrat Dr. Lames verweist darauf, dass der Antrag der CDU-Fraktion als Ersetzungsantrag gedacht sei und deshalb auch so abgestimmt werden müsse. Sollte dieser keine Zustimmung finden, müsse über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Übernahme des Beschlusspunktes 1 aus dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt werden.

Herr Stadtrat Matthis sehe den Antrag der CDU-Fraktion als Ersetzungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bevor dieser abgestimmt werde, beantragt er, den Beschlusspunkt 3 aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als neuen Punkt 3 mit aufzunehmen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Matthis, Übernahme des Beschlusspunktes 3 aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion, mit 37 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Herrn Stadtrat Holger Zastrow auf punktweise Abstimmung des so ergänzten Ersetzungsantrages der CDU-Fraktion mit 10 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ab.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn beantragt eine Auszeit von 5 Minuten.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

Auszeit

Herr Stadtrat Krien verweist auf folgendes Problem. Im Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion werde die Oberbürgermeisterin in den Beschlusspunkten 1 und 2 zum einen ermächtigt und zum anderen beauftragt. Sei damit auch eine Beauftragung wie im Beschlusspunkt 2 gemeint? Eine Ermächtigung wäre unlogisch, denn die Oberbürgermeisterin sei frei in ihrem Handeln. Er bittet um Klarstellung.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn stellt klar, dass die Formulierung im Beschlusspunkt 1 bewusst so gewählt worden sei. Einen Auftrag zu erteilen, würde bedeuten, dass unabhängig von stattfindenden Diskussionen diese Entscheidung so zu treffen sei. Die Freiheit solle der Oberbürgermeisterin gelassen werden, frei zu entscheiden. Auch für eine Ablehnung habe sie eine Rückendeckung.

Frau Stadträtin Jähnigen sei schon etwas überrascht. Sie sei davon ausgegangen, dass die CDU-Fraktion das Konzept ablehnen wolle. Offensichtlich sei aber offen, wie man damit umgehen wolle. Sie halte das für ein Plädoyer, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einschließlich der Ergänzung des Beschlusspunktes 1 aus dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion zuzustimmen, denn da stehe der Protest mit einem klaren Ziel drin.

Herr Stadtrat Matthis verweist noch einmal darauf, dass sich der Beschlusspunkt 1 nicht nur auf die Oberbürgermeisterin, sondern auch auf die Vertreter in der Verbandsversammlung beziehe.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion einschließlich der Ergänzung des Beschlusspunktes 3 aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 29 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Herr Stadtrat Trepte beantragt Wiederholung der Zählung.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Schollbach beantragt eine Auszeit von 5 Minuten.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Auszeit wird mit 27 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen zu.

Auszeit

Frau Stadträtin Jähnigen erläutert das Abstimmungsverhalten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Nachdem es im Vorfeld nicht gelungen sei, einen gemeinsamen Text zu formulieren, werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem geänderten Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem geänderten Ersetzungsantrag mit 57 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Herr Stadtrat Hille verweist darauf, dass der Stadtrat sich nicht an seine eigenen Regeln halte. Es sei namentliche Abstimmung beantragt worden.

Die Oberbürgermeisterin erläutert, dass durch den erneuten Geschäftsordnungsantrag auf Auszeit dieser Antrag aufgehoben wurde. Eine erneute Beantragung sei nicht erfolgt.

1. **Der Stadtrat ermächtigt** die Oberbürgermeisterin sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des VVO, den zur Umsetzung der beabsichtigten Kürzungen der Landesfinanzierung des Regionalverkehrs vorbereiteten Vorbehaltsbeschluss mit drastischen Preiserhöhungen für den Regional- und öffentlichen Nahverkehr abzulehnen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, auf einen Verbandsbeschluss hinzuwirken, der beinhaltet, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und insbesondere mit den im VVO betroffenen Landkreisen
 - a. mögliche Einsparpotenziale im Regionalverkehr bei Wahrung eines angemessenen Leistungsangebotes und angemessener Preise darzustellen,
 - und
 - b. Verhandlungen mit dem Sächsischen Landtag zu einer angemessenen Landesbeteiligung bei der Finanzierung des Regionalverkehrs aufzunehmen.

3. Die Oberbürgermeisterin wird weiterhin beauftragt, innerhalb des VVO und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden prüfen zu lassen, ob die vom Freistaat ab 2011 geplanten Kürzungen entgegen der bis 2014 geltenden Finanzierungsverordnung für den Öffentlichen Verkehr gegen das Rückwirkungsverbot verstoßen.

Abstimmungsergebnis:

Ersetzung

Ja 57 Nein 9 Enthaltung 0

Helma Orosz
Vorsitzende

Johanna Reiher
Schriftführerin

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Jens Matthis
Stadtrat/Stadträtin

Anita Köhler
Stadtrat/Stadträtin